

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: **vierteljährlich 1,20 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf.** frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit **Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Zeit“** 10 Pf. **Postabonnements:** 1,10 RM pro Monat. Eingetragen in die **Post-Zeitungs-Verzeichnisse.** Unter **Preisband** für Deutschland und Österreich: **Angaben 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM** pro Monat. **Postabonnements** nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Offiziell täglich außer Montags.

Die Interims-Gebühr
 beträgt für die sechsgehobene Rollenzeit oder deren Raum 20 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Verammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellungnahme und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Diskont für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983. **Donnerstag, den 23. Juli 1908.** Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Doppelter Volksverrat.

Verschiedentlich ist die Meinung laut geworden, daß der Freisinn die Reichsfinanzreform als Kuhhandelsobjekt benutzen wolle, um eine Reform des preussischen Landtagswahlrechts zu erkaufen. Der Freisinn selbst hat sich erklärlicherweise über diese ihm zugeschriebenen Absichten nicht näher geäußert. Wohl aber hat die Zentrums- und konservative Presse in ziemlich höhnischer Weise dem Freisinn Belehrungen zuteil werden lassen, daß er doch unmöglich eine so notwendige politische Maßnahme wie die der Reichsfinanzreform mit der Wahlrechtsfrage verquickeln und für seine Zustimmung zu den dringend gebotenen neuen Steuern eine Konzession auf dem Gebiete der Wahlrechtsfrage verlangen könnte. Die „Deutsche Tageszeitung“ meinte ironisch, der Freisinn sei doch viel zu verständlich, um für einen Dienst, den er der Regierung im Interesse der Aufrechterhaltung des Blocks leiste, noch eine Extrarekognition zu verlangen, die ihm von der ausschlaggebenden Partei des Blocks unmöglich bewilligt werden könne. Auch Ottavio von Jedliß äußert sarkastisch, daß die Freisinnigen in der Tat „patriotischerweise“ der Versuchung widerstehen zu wollen schienen, eine Aenderung der preussischen Wahlrechts zur Bedingung bei der Reichsfinanzreform zu machen.

Hämischer noch, aber zugleich in schwächerer politischer Selbstentblöbung hat die Zentrums- und konservative Presse dem Freisinn zu verstehen gegeben, daß er die Bedingungen eines derartigen Kuhhandels gar nicht stellen könne, da die Konservativen und die Regierung im Zentrum jeberzeit einen Helfershelfer zur Einführung der gewünschten neuen Steuern finden würden, das für seinen patriotischen Bewilligungseifer keinerlei Gegenstände beanspruchen! Wir haben denn auch bereits festgenagelt, daß das Zentrum sich damit in seiner ganzen reaktionären Volksfeindlichkeit entlarvt hat. Hat es damit doch seine Bereitwilligkeit kundgegeben, den arbeitenden Klassen neue indirekte Steuern — denn diese indirekten Steuern auf Tabak, Bier, Branntwein usw. bilden ja einen Kern der geplanten Reichsfinanzreform und das eigentliche Schacherobjekt für den Freisinn — aufzuerlegen! Und hat es damit doch gleichzeitig von neuem kundgegeben, wie wenig das Zentrum daran denkt, seine Wahlrechtsversprechungen einzulösen!

Trotz der Drohung der Konservativen, trotz des sarkastischen Lobes des „Patriotismus“ des Freisinns durch den freikonservativen Führer, trotz der ultramontanen Anerbietungen, neue direkte Steuern auch ohne die kleinste Konzession bewilligen zu wollen, liegt gleichwohl die Vermutung nahe, daß der Freisinn sich tatsächlich mit Kuhhandelsplänen trägt. Der Freisinn hat sich bisher als so bescheidener und gefügiger Verbündeter der Regierung und der Reaktion erwiesen, daß er vielleicht nicht ohne Grund darauf hoffen darf, daß die Regierung sich seine für die Reaktion ja so schätzbaren Dienste auch ferner noch zu erhalten suchen wird. Auf der anderen Seite kann der Freisinn unmöglich die Finanzreform mitmachen, die geforderten neuen indirekten Steuerlasten bewilligen, ohne dafür eine, sei es auch noch so geringe Gegengabe zu erschachern! Und was böte dem Freisinn ein besseres Objekt als eine preussische Wahlreform? Natürlich müßte der Freisinn dabei seine Forderungen auf das denkbar geringste Maß reduzieren! Denn nur dann würden sich ja seine Blockfreunde, die Junker, von der Regierung zu diesem Schachergeschäft bestimmen lassen. Und es ist kein geringerer als Herr Ottavio von Jedliß, der bei dem Kuhhandel die Rolle des ehrlichen Maklers spielen zu wollen scheint! In einem Artikel, den er heute im „Tag“ veröffentlicht, nimmt, wie wir bereits erwähnt haben, Herr von Jedliß den Freisinn freundschaftlich gegen den Verdacht in Schutz, daß er eine preussische Wahlrechtsreform zur Bedingung für seine Mitwirkung bei der Reichsfinanzreform machen könne. Dann aber sucht Herr von Jedliß den Junkern klar zu machen, daß man den linksliberalen Gruppen, die für die Bewilligung indirekter Steuern „am schwersten unter Anfechtungen zu leiden“ haben würden, doch freiwillig „innerhalb der festen, durch das Gemeinwohl gezogenen Grenzen“ in Preußen entgegenkommen müsse. Freilich sei an einen Uebergang zum Reichstagswahlrecht nicht zu denken. Die Mängel des jetzigen Wahlrechts müßten „im Rahmen des jetzigen Systems“ beseitigt werden. Auch ein Pluralwahlrecht sei nicht erstrebenswert. Vielleicht aber sei es ein gangbarer Weg, daß man an die Stelle der Drittelung eine Einteilung der Wähler in vier Wahlabteilungen schaffe; ferner daß man an Stelle der indirekten Wahl, wie das jüngst die „Post“ empfohlen habe, die direkte Wahl treten lasse, die sich „sehr wohl in das System der Massenwahl eingliedern“ lasse. Fraglich sei es, ob das geheime Wahlrecht eingeführt werden könne. Wohl aber könne man in bezug auf die Wahlkreiseinteilung den liberalen Wünschen einigermaßen Rechnung tragen. Allerdings könne es sich auch da nur um die Verstärkung der „ganz besonders stark bevölkerten Wahlkreise“ handeln, um „einige wenige Mandate“. Im übrigen müsse alles beim Alten bleiben, dürfe das Ueber-

gewicht des platten Landes nicht beseitigt werden, vielmehr könne der Widerspruch der Rechte gegen die Schaffung neuer städtischer Mandate dadurch „stark abgeschwächt“ werden, „wenn mit jener Maßnahme die Teilung solcher aus Stadt- und Landkreisen zusammengefügter Wahlkreise verbunden würde, in denen der eine Teil, in der Regel der Landkreis, obwohl dem anderen nahezu gleichwertig, durch die Verschiebung der Bevölkerung jetzt ganz mundtot gemacht wird.“

Man sieht, die Vorschläge des Herrn von Jedliß sind in der Tat kaum geeignet, allzu heftigen Widerspruch auf der rechten Seite hervorzurufen. Eine solche „Reform“ würde dem Liberalismus einige wenige Mandate mehr verschaffen, ohne dem Konservatismus irgendwelchen Abbruch zu tun! Die nichtbesitzende Klasse dagegen würde vollständig leer ausgehen, ja, eine Vierklasseneinteilung würde möglicherweise die plutokratischen Tendenzen des Klassenwahlrechts noch verschärfen statt mildern!

Es können deshalb nicht früh genug derartige Machenschaften zwischen der Linken und der Rechten des Blocks der Öffentlichkeit denunziert werden! Ein Kuhhandel in der Wahlrechtsfrage, ein Schachergeschäft, das gegen eine unzulängliche Wahlreform der Reaktion Sundeerte von Millionen neuer indirekter Steuern in den Schoß würfe, wäre der schändlichste Verrat der Volksrechte, der sich denken ließe. Solch schändlicher Verrat läge auch dann vor, wenn es dem Freisinn wirklich gelänge, eine ernsthafte Wahlreform durch die Auslieferung der Konsumenten zu erschachern. Denn Volksrechte dadurch erschleichen wollen, daß man das Volk auf der anderen Seite der Steueranspruchplünderung der Reaktion preisgibt, wäre ein ebenso kindisches wie arglistiges Spiel. Wenn aber obendrein die Wahlreform nichts anderes wäre als eine Scheinreform, als eine Düpierung der großen Masse, als ein Hindernis auf dem Wege zu einer wirklichen Wahlreform — und etwas anderes könnte die beim Kuhhandel zwischen den beiden Blockhälften zustande gekommene Wahlreform niemals sein! —, so wäre der Volksverrat ein doppelter und darum um so tüchtiger! Eine solche Politik des doppelten Volksverrats würde den Freisinn endgültig aus der Reihe der liberalen Parteien streichen und die Tatsache nur erhärten, daß der sogenannte Freisinn nur eine feigere, verlogener Spielart der Reaktion darstellt!

Bravo, Bülow!

Die glorreiche Ära der Blockpolitik hat ein neues Meisterstück geliefert. Auf dem Wege zur Verwirklichung der Gleichheit aller Preußen wenn nicht vor dem Gesetz, so doch vor der Regierung ist ein großer Schritt vorwärts getan worden und man wird freudig konstatieren müssen, daß solcher Fortschritt nur in der Zeit der liberalen Ära möglich gewesen ist. Bisher gab es in Deutschland in der Tat zweierlei Recht. So lange das Sozialistengesetz bestand, war diese Rechtsungleichheit auch offen ausgesprochen. Mit dem Fall des Ausnahmegesetzes war zugleich das neue Problem gegeben, einen Ersatz für die entstandene Lücke in der Gesetzgebung zu finden. Und man muß es unseren Regierenden lassen, sie haben es vorzüglich verstanden, das Problem zu lösen. Was das Gesetz verlagte, haben sie durch die Praxis der Verwaltung erzielt, und in Deutschland ist das Recht für die Arbeiter immer etwas ganz anderes geblieben als das Recht für die Herrschenden und Besitzenden; an die Stelle des Ausnahmegesetzes ist die Ausnahmeverwaltung in allen Zweigen der staatlichen Tätigkeit getreten. Von der Justiz angefangen, für die der berühmte Schönstedt, einer der preussischen Verderber der Justiz, den Grundsatz proklamiert hat: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe“, bis zu den kleinsten Verwaltungsakten. Dem Arbeiter, der in den Staatsbetrieben steht, ist das Recht der Koalition genommen, ihm ist das wichtigste Mittel zur Verbesserung seiner Lebenslage aus der Hand genommen. Will der Arbeiter in Preußen sein Wahlrecht ausüben, so wird die Öffentlichkeit der Abstimmung für ihn zum Hindernis, seine politische Ueberzeugung frei betätigen zu können. Seine Vertreter in den Gemeinden sind ein für allemal im größten Teile Deutschlands für unwürdig erklärt, die Interessen der Arbeiter als aktive Mitglieder der Verwaltung, als Mitglieder der Schuldeputationen, des Magistrats oder als Bürgermeister zu versehen. Entgegen dem Gesetz hat man Sozialdemokraten in den städtischen Verwaltungen einfach für minderen Rechts erklärt.

Jetzt aber soll es anders werden. Den Preußen soll endlich Gleichheit werden. Nun kann man die Gleichheit der Bewohner eines Staates auf doppelte Weise verwirklichen. In dem Rußland des Zarismus ist die ganze Bevölkerung in ganz gleicher Weise der Willkür der obersten Spitzen der regierenden Bürokratie überliefert. In England ist die Gleichheit verwirklicht, indem für alle Staatsbürger gleiche Gesetze von einer unabhängigen Verwaltung, die eine wirkliche Selbstverwaltung der Bürger ist, in gleicher Weise gehandhabt werden. Preußen hatte sich bisher mit dem elenden Kompromiß begnügt, gleiche Gesetze in ungleicher Weise zu handhaben, anders gegen Arbeiter und anders gegen

Bürger. Nun kommt die erfreuliche Meldung, daß auch Vertreter des Bürgertums endlich eine Behandlung erfahren, die ihren Rechtszustand dem der Arbeiter bedeutend annähern. Da amtiert in Gsum der Bürgermeister Dr. jur. Pothar Schüding. Herr Schüding ist, wenn wir nicht irren, Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, also einer Regierungspartei. Allerdings unterscheidet er sich von den meisten Parteimitgliedern dadurch, daß er noch die „früheren Grundsätze“ befolgt und sie sogar öffentlich vertritt. Dies geschah in einigen Artikeln im „Berliner Tageblatt“ sowie in einem anonym erschienenen Buch über die „Reaktion in der preussischen Verwaltung“, das unsere Leser aus der Besprechung im „Vorwärts“ kennen. Herr Dr. Schüding ist ein genauer Kenner der preussischen Verwaltung und zeigt in seinen Schriften in schlagender Weise, wie illusorisch die sogen. Selbstverwaltung in Preußen geworden ist, wie in der Tat heute unter dem Schein der Selbstverwaltung sich die Diktatur des Landrats verbirgt. In einem Artikel über das Vereinsgesetz wird darauf hingewiesen, daß die Verwaltung schon dafür sorgen werde, daß selbst die geringfügigen Fortschritte des Gesetzes wieder illusorisch gemacht würden. Und in einem anderen zeigte er die öffentliche Wahl auf dem Lande in der Praxis und meinte, daß es doch am einfachsten sei, wenn die Landräte das Recht erhielten, kurzerhand die Wahlmänner zu ernennen, statt daß die Komödie der ländlichen Urwahlen aufgeführt werde. Sowohl das Buch als auch die Artikel Schüdings enthalten nicht das geringste, was über die Forderungen des Liberalismus — wohlgerneht, des zahmen deutschen Liberalismus — hinausgehen würde. Nur daß die Notwendigkeit der Theorie durch lebendigen Anschauungsunterricht aus der Praxis bewiesen wird.

Gegen diesen Mann nun hat die Staatsbehörde ein formelles Verfahren mit dem Ziele der Amtsentsetzung eröffnet. Nach guten preussischen Gepflogenheiten ist das Verfahren ein geheimes. Man hat von Herrn Schüding die Geheimhaltung verlangt und mit Recht, da es doch schließlich die Preußen gar nichts angeht und sie sich nicht um die Angelegenheiten der Regierung zu mischen haben; wenn die Regierung beschlossen hat und es für gut findet, dann teilt sie es ohnehin schon mit. Was aber das Verfahren selbst angeht, so haben wir bereits gesagt, daß wir in ihm nur einen Fortschritt sehen können. Es heißt im Disziplinargesetz, daß eine Disziplinarstrafe verhängt werden kann, wenn ein Beamter die Pflichten verlegt, die ihm sein Amt auferlegt, oder wenn er sich außer dem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt. Nun ist es ja allerdings richtig, daß Bürgermeister Schüding keine Pflichten im Amt verlegt hat. Dagegen ist es ebenso sicher, daß er sich der Achtung usw., die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt hat. Denn über diese Tatsache entscheidet der Disziplinargerichtshof. Es ist aber in Preußen stehende Gewohnheit, daß sozialdemokratische Opposition eines Beamten unwürdig ist. Es ist durchaus nicht einzusehen, warum demokratische Opposition gegen die Regierung weniger unwürdig ist. Die Eröffnung des Disziplinarverfahrens gegen den Bürgermeister Schüding ist nichts anderes als eine Anwendung der Rechtsgrundsätze, die sonst für Sozialdemokraten gegolten haben, auf einen Bürgerlichen. Also wirklich ein Schritt zur Rechtsgleichheit. Daß aber diese Rechtsgleichheit nach dem Muster Rußlands und nicht nach dem Englands hergestellt wird, wird niemanden, der Preußen kennt und die elende Feigheit seines Bürgertums, irgendwie wundernehmen.

Die Maßregelung Schüdings ist nur die logische Konsequenz der Blockpolitik. In der Blockpolitik hat sich das Bürgertum feierlich dem Junkertum unterworfen. Es hat jeder Opposition entzogen. Die Regierung würde gegen den eigenen Geist der Blockpolitik handeln, wenn sie nicht genau so, wie es die freisinnigen Blockparteien tun, jedem, der noch die „früheren Grundsätze“ befolgt und das Junkertum bekämpft, diese Opposition gründlich austreibt. Rechtlich verlangte die „Freisinnige Zeitung“, der Handelsvertragsverein möge den Dr. Breitscheid wegen seiner demokratischen Betätigung maßregeln. Wie wird sie jetzt die Herren Bülow und Nolke beneiden, die die Macht haben, das zu tun, was die „Freisinnige Zeitung“ so innig wünscht, und die bei Dr. Schüding durchsetzen können, was die Freisinnigen so heiß ersehnen. Daß es sich gerade um einen Bürgermeister handelt, dem ausgezeichnetes Verwaltungstalent nachgerühmt wird, beweist, daß es sich nicht um eine persönliche Schikane, sondern um ein Prinzip handelt. Seine Tätigkeit steht nicht im Zweifel, aber seine Bestimmung ist nicht die, die man amtlich wünscht. Er ist zwar der freigeählte Vertrauensmann seiner Stadt. Aber was tut's? Er muß vor allem der Vertrauensmann der Regierung sein. Nun kann den Herren Bülow und Nolke nur dankbar sein. Die geplante Maßregelung Schüdings zeigt ebenso wie die Häufung der vollzogenen Maßregelungen der Volksschullehrer, was ist. Wenn die Junker in den Zeiten der Blockpolitik die unabhängigen Elemente des deutschen Bürgertums, die sie früher mit Weitsicht gezügelt haben, nunmehr mit Skorpionen züchtigen, so hat ihnen der Blockfreisinn selbst die Hand geführt. Schüding ist behandelt worden wie ein Sozialdemokrat. Wäre das deutsche Bürgertum noch beherrschbar, so müßte es daraus die Folgerung ableiten, daß

auch Sozialdemokraten so behandelt werden müssen, wie das Bürgerturn selbst behandelt werden will. Es gibt nur ein Entweder — Oder. Entweder Gleichheit wie in Rußland oder Gleichheit wie in England.

Beamtenbefolungsreform mit Hindernissen.

Eine halbamtliche Meldung, die auch die „Post“ wieder gibt, kündigt großspurig an, daß die Beamtenbefolungsreform nach dem Wunsch der Regierung noch vor der Weihnachtspause verabschiedet werden solle. Die betreffenden Gesetzentwürfe würden dem Landtag bei der Eröffnung, die Mitte Oktober stattfinden würde, ohne Verzug zugehen. Aber sollte die Verabschiedung der Befolungsreform noch vor Weihnachten erfolgen, so werde das Abgeordnetenhaus das feintige dazu tun müssen. Es werde bedenken müssen, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Beamtenbefolungsverbesserungen ein einheitliches Ganzes bilden, aus dessen Bau keine einziger Stein herausgenommen oder wesentlich abgeändert werden dürfe, ohne das ganze Gefüge zu gefährden. Lasse sich der Landtag zu dem Verzuge verleiten, abweichend von der Regierungsvorlage einzelne Beamtenklassen besonders zu berücksichtigen, so wäre „ein Ende der Verhandlungen gar nicht abzusehen“. Namentlich bei dem Lehrerbesoldungsgesetz dürfe kein Versuch zu einer „radikalen Lösung“ gemacht werden, wolle man nicht mit einer „außerordentlichen Ausdehnung der Verhandlungen“ rechnen. Sinoz komme, daß der Landtag auch die finanzielle Seite der Frage im Sinne der Regierung lösen müsse. Lasse das alles das Abgeordnetenhaus außer Betracht oder mache es in bezug auf die Beschaffung der Deckungsmittel Schwierigkeiten, „so könnten Beamte und Lehrer noch recht lange auf ihre Aufbesserung warten“.

Das ist ja eine wunderbare Ankündigung! Es wird hier indirekt erklärt, daß der Befolungsaufbesserungsentwurf wahrscheinlich den Wünschen der Beamten nicht entsprechen werde! Trotzdem soll der Landtag unbesehen die Vorlage der Regierung annehmen! Tut er das nicht, würde er z. B. die den Geistlichen zugedachten 10 Millionen Mark für die Aufbesserung der Gehälter der Lehrer und anderer Beamtenkategorien verwenden wollen, so würde die Regierung Obstruktion treiben und — Beamten und Lehrer können noch recht lange auf ihre Aufbesserung warten!

Es macht den Eindruck, als sei es nur auf eine Scheinvorlage abgesehen, die selbst dem preussischen Dreiklassenparlament unannehmbar sein müßte. Sollte dann aber an der Opposition des Landtages die Regierungsvorlage scheitern, so werde, das kündigt wenigstens die „Post“ an, die Regierung die Beamtenbefolungsreform abermals unter dem Vorwand vertagen, daß ihr das Abgeordnetenhaus Schwierigkeiten gemacht habe! Eine unerhörte dreiste Komödie!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juli 1908.

Kein Dissident darf Offizier sein!

Das „Berliner Tageblatt“ meldete einen Fall, wo ein Landwehroffizier, der sich in den Listen der Militärbehörde als Dissident bezeichnet hatte, vom Westfälischen Kommando den Weisheit erhielt, daß er unverzüglich seinen Abschied einzureichen habe, falls er nicht verabschiedet werden wolle. Die „Deutsche Tageszeitung“ findet das durchaus in der Ordnung. Ein Offizier, der sich als Dissident bezeichnet, so erklärt sie, sei unmöglich, schon deswegen, weil er die allein richtige Auffassung vom Fahneneid nicht wohl haben kann. Man sieht aus hieraus wiederum, daß nicht militärische Tüchtigkeit, wie sie selbst Wilhelm II. bei den heidnischen Japanern anerkannt hat, sondern die „richtige Auffassung vom Fahneneid“ die Qualifikation zum deutschen Offizier bildet. Die „allein richtige“ Auffassung ist offenbar die, daß auch gegebenenfalls auf Vater und Mutter geschossen werden müsse, ein ja eminent christlicher Grundsatz!

Hoffentlich dehnt man diese Auffassung des Fahneneids auch auf die Gemeinen aus, so daß Dissidenten nicht mehr zum Militärdienst zugelassen werden! Die Erhöhung der Kirchensteuern dürfte ja den Austritt aus der Landbedürftigkeit erleichtern! —

Viele Millionen für Militärluftschiffe.

Der bekanntlich offizieller Vertraulichkeit gewürdigte Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ meldet telegraphisch, daß die Meldungen auswärtiger Blätter über den Umfang der vorgesehenen Ausgaben für die Beschaffung von Militärluftschiffen „zurzeit“ unbegründet sei, weil beim gegenwärtigen Stand der Sache noch keine bestimmten Entscheidungen getroffen werden können. Er fügt jedoch hinzu, in absehbarer Zeit werde die Beschaffung von Militärluftschiffen einen sehr erheblichen, nach vielen Millionen zählenden Ausgabenposten in unserem Etat bilden.

Damit hätten wir die richtige Dreieinigkeit: Land-, Wasser- und Luftmilitarismus! Heil Zeppelin! —

Agrarisch lup Trumps!

Die Hl. Oberförsterei lup bei Celle hat versucht, daß solchen Reuten keine Erlaubnisfische zum Sammeln von Beeren im Walde ausgestellt werden dürfen, die zu landwirtschaftlicher Arbeit geeignet erscheinen. Das Sammeln der Beeren wirkt offenbar einen höheren Verdienst als die Arbeit in den Diensten der Agrarier, und es mag vorzuziehen sein, daß Landarbeiter bei Beginn der Beerenreife den agrarischen „Fleischhöpfen“ den Rücken geleitet haben. Das mag die Agrarier recht wenig angenehm gewesen sein, aber die Hl. Oberförsterei hatte auch nicht eine Spur von Recht, Leute in ihrem freiem Erwerb dadurch zu hindern, daß sie ihnen die Waldschneise verweigerte, um sie zur Arbeit bei den Agrariern zu zwingen.

Auch sonst werden die Agrarier bei jeder Gelegenheit bevorzugt, und fast hat es den Anschein, als ob bei Ausarbeitung von Gesetzentwürfen nicht nur geprüft wird, wie das Gesetz auf die Sozialdemokratie wirkt, sondern auch, ob es die Bequemlichkeit der Agrarier nicht beeinträchtigt. Nur so ist es zu verstehen, daß z. B. das Rinderstuhlgesetz auf die Landwirtschaft keine Anwendung findet. Es ist ja ganz falsch, daß die Kinderarbeit auf dem Lande die Gesundheit besonders fördere, man braucht sich bloß das Mühenziehen anzuwenden, um sich darüber klar zu werden, daß die Art Arbeit weitaus sehr anstrengend ist. Die Regierung hat zwar Erhebungen angeordnet, über den Umfang und die Art der Lohnbeschäftigung von Kindern im Haushalt, sowohl in der Landwirtschaft als deren Nebenbetrieben, ihre Wünsche, ihre Vorgänge und Gefahren, insbesondere für Gesundheit und Ethik. Bis jetzt hat aber von

dem Ergebnis noch nichts verlautet. Würde es sich darum handeln, den Agrariern Vorteile zu verschaffen, die Gesetzmachung würde viel lebhafter klappern.

Der diesjährige Katholikentag

wird, wie aus der in ultramontanen Blättern veröffentlichten Einladung hervorgeht, vom 16. bis 20. August in Düsseldorf stattfinden. Das Programm ist das übliche. Am Vorabend feierliches Glockengeläute; am ersten Tage, der den Arbeitern gehört, Festzug der katholischen Arbeiter-, Gesellen- und Knappenvereine mit anschließenden Festversammlungen; an jedem der vier Verhandlungstage eine geschlossene Generalversammlung, wo die Anträge verhandelt werden und eine öffentliche Generalversammlung, wo die ultramontanen Erben geistlicher und weltlicher Art durch begeisterte Reden die katholische Volkseele zum Kochen bringen. Dazu dann noch zwischendurch einige Duzend Tagungen besonderer Organisationen, Festkommers, Festmäher, Wallfahrt, Rheinfahrt und sonstige Veranstaltungen, die dazu dienen, die Massen anzuziehen und zu befestigen. Die Verhandlungsgegenstände pflegen die Träger der Katholikentage, um die Spannung voll auswirken zu lassen, nicht eher bekannt zu geben als in den Versammlungen selber, doch darf man nach dem Orte der Tagung: im rheinisch-westfälischen Gefilde soll nach ultramontaner Ansicht der Entscheidungskampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gefahren werden, und nach der politischen Lage: Vorkara, Kulturkampf und andere Schreckensdinge — diesmal auf besonders lebhaft und interessante Verhandlungen gefaßt sein. —

Militarismus und Vereinsgesetz.

Aus sicherer Quelle wird dem sozialdemokratischen Pressebureau mitgeteilt, daß die neueste Verfügung des Kriegsministers, wonach die Bezirkskommandos Nachforschungen über die etwaige Zugehörigkeit von Unteroffiziers-Aspiranten zur Sozialdemokratie oder zum Anarchismus nicht mehr in vertraulicher Weise einholen sollen, da jeder wissen könne, daß solche Personen grundsätzlich von jeder Beförderung ausgeschlossen seien, lediglich durch das neue Vereinsgesetz veranlaßt worden ist. Wo früher die Anmeldepflicht für die Mitglieder politischer Vereine bestand, war es leicht, von den Polizeiverwaltungen auf heimlichem Wege Auskunft über die politische Gesinnung jedes Rekruten — wie insbesondere auch jedes Kapitulanten — zu erhalten. Man hat die Mitgliederlisten der sozialdemokratischen Vereine deshalb auch bis zur letzten Stunde noch zu vervollständigen gesucht und sie zuletzt noch einer genauen Prüfung und Durchsicht unterzogen. Für die Zukunft ist es aber nicht mehr möglich, durch einfache Anfrage bei der Polizei auf geheimem Wege Mitteilungen über die politische Gesinnung von Militärpersonen zu erhalten. Deshalb die Offenherzigkeit des Kriegsministers, der auf einmal jedermann wissen läßt, daß „solche Personen grundsätzlich“ von jeder Beförderung ausgeschlossen sind! —

Der knickerigste, filzigste Steuerzahler.

Professor Adolf Wagner hat sich interviewen lassen und nach dem Zeugnis des Aushörers gesagt:

„Es fällt mir schwer, mich darüber zu äußern, weil ich es noch gar nicht als feststehend betrachte, daß eine solche unbedeutende Steuer in Erwägung gezogen ist. Wenigstens wäre uns damit bei dem jämmerlichen Zustande unserer Finanzen sehr wenig geholfen. Das muß viel kräftiger kommen! Wie will sich denn die Regierung mit solchen niedlichen Steuerprojekten helfen? Auf diese Art werden alle paar Jahre einmal kleine Steuerprojekte gemacht, um die auffälligen Lächerlichkeiten zu kappen, und dann erhebt sich jedesmal ein Geschrei, als ob wir das meistbesteuerete Volk der Welt wären. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall! Viel zu verwöhnt sind wir und haben bisher unter allen Völkern der Erde noch am wenigsten Steuern gezahlt. Ja, Flotten wollen wir bauen und das beste, schlagfertige Heer wollen wir haben — aber das Geld soll sich die Regierung, ich weiß nicht woher, borgen... Ja, lieben Sozialdemokraten, die haben die Lösung immer sehr schnell gefunden. Bei denen ist eine Flotte einfach nicht nötig, und die Armeesoldaten schliefen nach Hause entlassen. Wozu denn neue Steuern? Aber wie gesagt, mit einer Lichtsteuer, Reklamesteuer u. dgl. ist den zerrütteten Reichsfinanzen nicht zu helfen. Ich habe es ja längst als notwendig bezeichnet, daß Bier, Branntwein und Tabak bei uns gehörig besteuert werden. Ja, rauchen möchten sie den ganzen lieben Tag, aber zahlen möchten sie nichts dafür! Das deutsche Volk ist der knickerigste, filzigste Steuerzahler auf Gottes weitem Erdenrund!“

Adolf Wagner hat wenigstens insofern Recht, als unsere deutsche Bourgeoisie der „knickerigste filzigste Steuerzahler auf Gottes weitem Erdenrund“ ist. Im übrigen aber hat die freisinnige „Breslauer Ztg.“ recht, wenn sie bemerkt:

„Hier, wie stets, vergißt Wagner übrigens, daß das deutsche Volk dazu verurteilt ist, über eine Militärlast alljährlich außer den Reichs-, Landes- und Kommunalsteuern in die Taschen eines Teiles seiner wohlhabenderen Mitbürger, der Herren Agrarier, in der Form von Brot-, Fleisch- und Holzsteuern zahlen zu müssen. So daß wir tatsächlich viel höher mit Abgaben belastet sind, als irgendein anderes Volk. Oder hält Herr Prof. Wagner die namentlich seit den letzten Zollerhöhungen chronisch bestehende Steuererhöhung für ein bloßes Wahngelübde? Da sollte er nur bei unseren Hausfrauen nachfragen.“

Die „Bresl. Ztg.“ hat Recht! Nur hätte sie noch hinzuzufügen sollen, daß die freisinnige Blockpolitik nichts anderes bedeutet als die Sicherung des agrarischen Zollerubens, der ein Ausplünderungssystem darstellt, wie es sonst nirgends in der Welt seinesgleichen findet!

Auch wollen wir uns bei der Beratung der Reichsfinanzreform dieser freisinnigen Aeußerung erinnern!

Herr Adolf Wagner hat inzwischen gegen die Darstellung des Interviewers eine Verichtigung losgelassen. Er berichtigt darin aber eigentlich nichts; nur will er betonen haben, daß die neuen indirekten Steuerlasten auch durch entsprechende direkte, von den Bestehenden zu tragende Steuern ausgeglichen werden müßten. —

Wer terrorisiert?

Die Maßregelungen wegen der Abstimmung bei der Landtagswahl mehrten sich im Ruhrgebiet. Auf Zeche „Westhusen“ bei Rengede wurde 14 Bergleute, die bei der Landtagswahl sozialdemokratisch gestimmt haben, gekündigt. Daß man diese 14 herausgegriffen hat, ist wohl nicht Zufall, denn sie wohnen in der Gegend von Rengede und verließen mit Ablauf der Arbeitszeit auch ihre Wohnungen! Die Gemahrgelagerten werden also besonders schwer getroffen; vielleicht werden sie auch noch auf die schwarze Liste gesetzt.

Der Arbeiterverein der Gemeinde glaubte ebenfalls, fürchterliche Musterung vornehmen zu müssen. Eine größere Anzahl Mitglieder, die sozialdemokratisch gestimmt hatten, erhielten Bescheid, sich zu äußern, denn es bestände die Absicht, sie auszuschließen. Die also Bedrohten traten zusammen und wählten eine Kommission, die beauftragt wurde, dem Vorstände mitzuteilen, der Bescheid auf Ausschluß werde dankend akzeptiert. Das war die einzige richtige Antwort!

Das deutsche Volksschulwesen.

Das statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich liefert recht interessante Zahlen über den Stand der Volksschulen in Deutschland. Danach bestanden im Jahre 1906 in Deutschland 60 584 öffentliche Volksschulen, an denen 166 597 Lehrkräfte, nämlich 137 213 Lehrer und 29 384 Lehrerinnen tätig waren. Die Zahl der Schüler belief sich auf 9 737 262. Der gesamte Aufwand erforderte 522 861 000 M., wozu die einzelnen Bundesstaaten einen Beitrag von 150 134 000 M. leisteten. Der Aufwand für einen Schüler erforderte somit 54 M. Auf eine Lehrkraft kamen im Durchschnitt 58 Schüler. Daneben bestanden noch 614 Privatschulen mit dem Ziel der Volksschule, die von 42 094 Schülern besucht waren. Die höchste Schülerzahl auf eine Lehrkraft hat Schaumburg-Lippe aufzuweisen, nämlich 85, dann folgt Lippe-Deimold mit 76, Provinz Posen mit 73, Neuh. a. L. mit 70. Ueber dem Durchschnitt stehen Westpreußen (84), Schlesien (85), Provinz Sachsen (89), Westfalen (85), Rheinland (80), Königreich Sachsen (81), Baden (84), Braunschweig (80), Sachsen-Meinungen (86), Schwarzburg-Sondershausen (81), Schwarzburg-Rudolstadt (83), Neuh. a. L. (84). Am günstigsten liegen die Verhältnisse in Lübeck mit 38, Hamburg mit 35, Mecklenburg-Strelitz mit 41 und Berlin mit 43 Schülern auf eine Lehrkraft. Die höchsten Aufwendungen für einen Schüler macht Berlin mit 99 M., dann folgen Hamburg 88 M., Bremen 79 M., Lübeck 75 M., Schleswig-Holstein 67 M. Am wenigsten wendet Schaumburg-Lippe auf, nämlich nur 35 M., dann folgen Schwarzburg-Rudolstadt mit 37 M., Waldeck und Neuh. a. L. mit je 39 M., Sondershausen und Posen mit je 40 M., Westpreußen und Schlesien je 42 M. Der Unterschied zwischen den Volksschulen in den Hansastädten und denen diverser Kleinstädten, denen die Hofhaltung ziemlich viel Geld kostet, ist somit ein ganz enormer, sehr zum Schaden der Volksbildung.

Panslawismus und Reaktion.

Der Empfang der österreichischen Sclavenführer in Petersburg und der albanische Kongreß in Prag haben den Panslawismus abermals in den Vordergrund des europäischen Interesses gerückt. Obwohl die Führer der neoslavophilen Bewegung in einem fort darauf hinweisen, daß sie bloß „kulturelle“ Ziele verfolgen, so unterliegt es dennoch keinem Zweifel, daß die Wiederbelebung des seit Jahren totgegläubten Panslawismus sich weit ernstere Ziele gesetzt hat.

Die treibende Kraft in dieser Bewegung war unzweifelhaft die russische Reaktion. Nachdem der „asiatische Kurs“ der russischen auswärtigen Politik mit dem russisch-japanischen Krieg ein jämmerliches Fiasko erlitten hatte, wendete die russische Regierung den Fragen des nahen Ostens ein verstärktes Interesse zu. Die politische Lage, die dank den jüngsten Balkanprojekten Oesterreichs und der englisch-russischen Annäherung eingetreten war, gab den Hoffnungen der russischen Politiker einen mächtigen Anstoß. Der Panslawismus, dessen politischer Einfluß dank den Niederlagen im russisch-japanischen Kriege und der revolutionären Bewegung mattgesetzt worden war, gewann nun „dank der günstigen politischen Konjunktur“ — und nicht zum mindesten dank der „moralischen“ Unterstützung des russischen Liberalismus — die Möglichkeit, sich in der europäischen Politik aktiv zu betätigen. Es bedurfte aber trotzdem noch eines weiteren Mittels, um sich vor der öffentlichen Meinung Europas zu rehabilitieren, und als solches war die Wiederbelebung des Panslawismus ausgerufen.

„Es versteht sich von selbst — so schreibt Genosse Kalowski im „Golos Sozialdemokrata“ — welche Rolle der Panslawismus entsprechend dem neuen Kurs der russischen Regierung spielen soll. Der brüderliche Empfang und die Bankette in Petersburg, auf denen der bestarabische Kumane Krupenski im Namen des Slaventums den tschechischen Radikalen Kramarcz umarmte, und die Russifizatoren Volens die Beteuerungen der polnischen Nationaldemokraten herablassend entgegennahmen, daß sie die slawische Solidarität „ohne Vorbehalt“ akzeptierten, sind für die russische Regierung ein gutes Argument.“

Nicht so natürlich — so setzt derselbe Autor fort — fassen die Sclaven diese Freundschaft auf. Jeder von ihnen sieht in der neuen Predigt des Panslawismus bloß das, was er zu sehen wünscht. Für die österreichischen Tschechen und die deutschen Polen ist sie eine Waffe im Kampfe gegen die Germanisierung, für die Bulgaren — ein Mittel zur Verwirklichung des Ideals eines San-Stefano-Bulgariens usw. ... Ausschlaggebend ist aber nicht das, was die Theorie dem Slavophilentum gibt, sondern der praktische Kampf, der allein dieser Formel Inhalt verleihen wird. Und in dieser Beziehung unterliegt es keinem Zweifel, daß die russische Regierung die Macht auf ihrer Seite hat und daß darum das Slavophilentum nicht den Inhalt haben wird, den ihm Kramarcz und Biljuzow verleihen wollen, sondern den, der den Wünschen der russischen Reaktionäre entspricht.“

Der Panslawismus ist gleichbedeutend mit dem russischen Imperialismus... Dieser neue Imperialismus birgt die größte Gefahr für die russische Revolution in sich. Die Fragen der auswärtigen und Grenzmarkenpolitik bilden eine unerschöpfliche Quelle für die Reaktion. Von diesem Standpunkte aus muß auch die Wiederbelebung des Panslawismus bewertet werden.“ —

Frankreich.

Weltliche gegen kirchliche Strafe.

Paris, 22. Juli. Der Staatsanwalt von Montauban hat gegen den Bischof von Paris die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet, weil er die eventuellen Käufer ehemaligen Kirchengutes mit Exkommunikation bedroht hat.

Rußland.

Russische Greuel.

Als Dostojewski in seinen „Memoiren aus einem Totenhause“ die Zustände auf der sibirischen Katorga zu Mitte des vorigen Jahrhunderts schilderte, ging ein Schrei der Entrüstung durch die gesamte zivilisierte Welt. Das „konstitutionelle“ Rußland zu Anfang des 20. Jahrhunderts hat auch in dieser Beziehung die schlimmsten Zeiten unter Nikolaus I. in den Schatten gestellt: die Zustände, die jetzt in den sibirischen „Totenhäusern“ herrschen, übertreffen an unmenschlicher Grausamkeit alles, was die blutdürstigste Phantasie zu erfinden vermochte.

Ende Januar dieses Jahres brachen in dem Zuchthause Nr. 2 in Tobolsk infolge der täglich zunehmenden Repressalien von Seiten des Gefängnisdirektors Rogilew Unruhen aus, bei welchen ein Aufseher und zwei Arrestanten getötet und einige Arrestanten verwundet wurden. Zur Strafe bekamen alle Insassen der Kammer, in welcher die Unruhen stattgefunden hatten, und desgleichen die Insassen der benachbarten Kammern, die an den Unruhen nicht beteiligt waren, je 100 Ruthenhiebe und außerdem wurden 40 Gefangene dem Kriegsgericht übergeben.

Anfang April fand das Gericht statt. Während der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Gefangenen in genannten Zuchthause ganz unglaublichen Folterungen unterworfen wurden. So wurden einige Gefangene mit Knuten aus Drahtgeflecht gequält und die Wunden hierauf mit Salz bestreut. Ferner wurde festgestellt, daß als ganz raffiniertes Marterwerkzeug der sogenannte „warme Karzer“ diente. Der Gefangene wurde in einem ganz engen Raum unter-

gebracht, in dem sich ein Mensch kaum ausstrecken konnte. Von beiden Seiten dieses Raumes befanden sich Oefen, die Tag und Nacht geheizt wurden. Die Temperatur in diesem Karzer war derart, daß niemand hier länger als 24 Stunden aushalten konnte. Sobald der Gefangene die Besinnung verlor, wurde er in den Hof hinaus getragen, zur Besinnung gebracht und hierauf wieder in den Karzer geschleppt. Zu trinken wurde während der ganzen Zeit nichts gegeben.

Trotz dieser Enthüllungen blieb das Kriegsgericht — wie nicht anders zu erwarten war — auf der Höhe seiner Pflicht. Von 40 Angeklagten wurden verurteilt: zum Tode 13, zur Verlängerung der Zuchthausstrafe 14 und freigesprochen 13.

Alle zum Tode Verurteilten (unter denen sich politische Gefangene fast nicht befanden) reichten ein Gnadengesuch ein; auch das Gericht petitionierte um Aufhebung der Todesstrafe für fünf Personen. Das Urteil wurde aber trotzdem bestätigt und am 27. April zur Ausführung gebracht.

Die Hinrichtung fand im Gefängnis statt. Das Gefängnis war von Militär, Polizei und Gendarmen dicht umzingelt. Da bloß ein Galgen vorhanden war, wurden die Verurteilten der Reihe nach gehängt. Die ganze Prozedur dauerte infolgedessen sieben Stunden, von 1 Uhr nachts bis 8 Uhr morgens! —

Die Bundesgenossen des Zaren.

Der Justizminister brachte dieser Tage offiziell zur Kenntnis des Bogromistenführers Dubrowin, daß er laut Befehl des Zaren die sofortige Verurteilung von 22 Personen, die wegen Teilnahme an verschiedenen Bogroms verurteilt waren, angeordnet habe. Nun weiß man wenigstens, wer der Vorgesetzte des russischen Justizministers ist. —

Der Landtag Finnlands.

Petersburg, 21. Juli. Der neue finnländische Landtag wird am 1. August eröffnet werden.

Türkei.

Die jungtürkische Bewegung.

London, 20. Juli. (Eig. Ber.) In fortschrittlichen Kreisen Englands wird die Auflehnung unter den türkischen Garnisonen Mazedoniens mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Man sieht in ihr einen ersten Versuch, das türkische Reich zu erhalten und zu liberalisieren. Die jungtürkischen Reformer haben in den letzten Jahren eine stille, aber intensive Tätigkeit entfaltet und die Armenier und Albanier in die Bewegung gezogen, und es sei nicht ausgeschlossen, daß die Türkei am Vorabend wichtiger Ereignisse stehe.

Die liberale Partei Englands wird die Aufgabe haben, ihre Regierung zu verhindern, im Sinne der Konterrevolution zu wirken. Lange Jahre war die englische Regierung bestrebt, die Türkei zu einem bürgerlichen Staate zu machen. Zu diesem Zwecke hatte sie den Krimkrieg unternommen und zwanzig Jahre später den Siegeslauf der Türkei gestemmt. Jetzt würde die Zeit gekommen sein, den Erfolg der Jungtürken, deren Programm gemäßigt liberal ist, zu fördern. Aber die Entente mit Rußland wird auf die reformfreundliche Gesinnung Englands lähmend wirken.

Aber Rußland ist nicht der einzige Feind einer Verjüngung der Türkei. In den letzten 25 Jahren ist auch die deutsche Regierung zur Stütze der türkischen Reaktion geworden. Und es ist zu befürchten, daß auch sie einem Erfolg der Jungtürken im Wege stehen würde. Von rein wirtschaftlichem Standpunkte betrachtet, würde Deutschland von einem verjüngten türkischen Reiche nur gewinnen können. Die Jungtürken sind entschlossen, alle türkischen Verpflichtungen dem Auslande gegenüber anzuerkennen, worunter auch die Bagdadbahn-Konzession zu verstehen ist. Verlieren könnten nur diejenigen Mächte, die in der Türkei auf Eroberungen ausgehen. Die Haltung Deutschlands gegenüber einer jungtürkischen Revolution wird zeigen, welche Ziele die deutsche Regierung in der Türkei verfolgt. Sie würde Flug handeln, eine abwartende Haltung einzunehmen, denn ein Erfolg der Jungtürken ist nicht ausgeschlossen.

Es ist selbstverständlich, daß den freiheitlichen Parteien Europas die Aufgabe zufällt, ihre Regierungen zu überwachen und jedes Eingreifen zugunsten Abdul Hamids zu verhindern.

Neue Fortschritte.

Frankfurt a. M., 22. Juli. Die „Frankf. Btg.“ meldet aus Belgrad: Drei kleinasiatische Bataillone, die aus Saloniki nach Monastir beordert waren, verweigerten am Bahnhof den Gehorsam, da sie nicht gegen Moslems kämpfen wollten. Sie mußten wieder in ihre Kasernen geführt werden. In Prilip wurde der Kaimakam ermordet.

Aus Saloniki wird der „Erfk. Btg.“ telegraphiert: Hier wird behauptet, daß die jungtürkische Komitee in nächster Zeit offensiv auftreten werde. Vizemajor Salil Effendi ist mit seiner Kompagnie aus Rodena entwichen. Er soll sich den Aufständischen angeschlossen haben. Der Artillerieinspektor Schufri Pascha wurde zum Marschall ernannt. Die verläutet, soll er den bisherigen kommandierenden General des dritten Korps Ibrahim Pascha ersetzen.

Saloniki, 22. Juli. Nach den hier einlaufenden Meldungen über die jungtürkische Bewegung im Bereiche des 2. und 3. Armeekorps gestaltet sich die Lage immer ernster. Das jungtürkische Komitee hat fast die ganze Regierungsgewalt an sich gerissen. Es treibt Steuern ein, und die türkischen Behörden sind völlig machtlos. In Rodena ist Major Kologhaci Effendi mit zwei Offizieren und einer Kompagnie Infanterie zu den Aufständischen übergegangen.

Ein Aufruf.

Konstantinopel, 22. Juli. In Aufrufen, welche der Vizemajor Niazki an die bulgarischen, griechischen und serbischen Dörfer des Bezirkes Ohrida gerichtet hat, legt er den freiheitlichen und friedlichen Zweck der jungtürkischen Organisation dar und ermahnt die christliche Bevölkerung, ihre früheren Sonderbestrebungen aufzugeben, nicht für fremde Staaten, sondern für ihr eigenes Vaterland mühen zu arbeiten. Dieses Land, so sagt er, gehört uns, und solange ein Türke lebt, werden wir nicht gestatten, daß es ein anderer regiere. Ein Ziel der Neuorganisation sei es auch, daß jeder seine Nationalität und Religion frei bekennen könne. Niazki fordert, daß die Völkchen der einzelnen Nationen sich bei ihm melden, um eine gemeinsame Aktion zu vereinbaren. Im Falle der Weigerung haben die Völkchen das Land sofort zu verlassen. Nehmen sie später zurück und die Dorfbesitzer melden es nicht, sollen alle Notabeln gehängt werden. Niazki droht allen die Strafe des Gehängewerdens

und die Verweigerung jeder Gnade an, die sich nach Kenntnisnahme des Aufrufs nicht unterwerfen. —

Die Vandenkämpfe.

Ueber die gegenseitige Stärke der sich bekämpfenden Vanden teilt die „Neue Fr. Presse“ mit: In der letzten Zeit nimmt das griechische Vandenwesen einen großen Umfang an. Die griechischen Vandenkämpfer überschreiten die Grenze einzeln und in unauffälliger Weise und sind daher schwer zu fassen. Im ganzen Vilajet Saloniki und zum Teil in Monastir haben die Griechen die Oberhand, nördlich davon behaupten sich die Serben. Die Bulgaren sind überall zurückgedrängt, und die bulgarisch sprechende Bevölkerung selbst, die unter den Erpressungen der Vanden viel zu leiden hatte, nimmt oft Partei gegen sie und für die türkischen Soldaten.

Der Rückgang des bulgarischen Vandenwesens wird hauptsächlich darauf zurückgeführt, daß seit dem Tode Sarafows eine beherrschende Autorität fehlt. Das Ministerium Malinow wirkt aber gleichfalls dazu mit, indem es eine neue Politik verfolgt, sich zu bestimmten Zwecken mit der Türkei freundlich zu stellen sucht und den Vanden keine Unterstützung angeheißt läßt.

Konstantinopel, 21. Juli. Am letzten Sonnabend hat eine etwa 100 Mann starke griechische Bande das bulgarische Dorf Ribarci angegriffen, 13 Gehöfte verbrannt und 25 Personen, darunter Frauen und Kinder, getötet und 5 Personen verwundet.

Persien.

Audauernde Kämpfe.

Petersburg, 22. Juli. Gerüchweise verlautet, daß es in Tabris zwischen Revolutionären und Anhängern des Schahs zu neuen Kämpfen gekommen ist. 200 Personen sollen getötet oder verwundet sein.

Marokko.

Ein englisches Urteil.

London, 20. Juli. (Eig. Ber.) Seit einigen Tagen bringt die „Morning Post“ Original-Korrespondenzen aus Marokko, die den Vorzug der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit besitzen. Neues enthalten sie zwar nicht, aber sie bestätigen die Ansichten, die man auf logischem Wege über die marokkanische Lage gewann: Die Ursache des dynastischen Kampfes ist keine persönliche. Es war nicht die Untüchtigkeit Abdul Ahs' oder die Tüchtigkeit Mulay Safids, die die Krisis in Marokko hervorrief. Die wirkliche Ursache ist vielmehr in dem Verzuge Europas zu finden, Marokko wirtschaftlich und politisch zu beherrschen. Die Algecirabakte, die man in Europa als die Lösung der marokkanischen Schwierigkeiten betrachtete, wurde von den marokkanischen Stämmen als eine Auslieferung ihres Landes an Europa ausgelegt. Sie halten Abdul Ahs für einen Verräter, der sie an die Europäer verkauft habe. Sie erwarten von Mulay Safid, daß er sie von den Europäern befreit. Daraus entspringt der Haß gegen den alten Sultan und die Liebe zum neuen. Abdul Ahs ist absolut ohne Anhang und Einfluß. Mulay Safid ist wirklicher Sultan. Das ist die gegenwärtige Lage. —

Man sollte nun glauben, daß eine Anerkennung Mulay Safids den Frieden in Marokko herstellen würde. Dies kann aber nach dem oben Gesagten nicht der Fall sein. Ist die Algecirabakte die Ursache der marokkanischen Wirren, so kann eine Anerkennung Mulay Safids den Frieden nicht bringen. Denn auch der neue Sultan muß die Bestimmungen der Algecirabakte ausführen, also Marokko wirtschaftlich und politisch den Europäern öffnen. Marokko wird also auch nach der Anerkennung Mulay Safids den europäischen Mächten viel zu schaffen machen.

Weitere Einschränkung der Operationen.

Tanger, 22. Juli. General Boutequard begibt sich mit einem dreimonatigen Urlaub nach Frankreich. Zwei Bataillone Fremdenlegion und algerische Schützen kehren nach Algier zurück.

Amerika.

Krieg zwischen Nicaragua und Honduras.

Man, 21. Juli. Der „Nikarischen Zeitung“ wird aus New York telegraphiert: Die Regierung Guatemalas hat dem hiesigen Staatsdepartement mitgeteilt, daß zwischen Nicaragua und Honduras der Ausbruch eines Krieges bevorstehe, da Nicaragua den Aufständischen von Honduras in Verletzung der Verträge Beistand geleistet hätte.

Soziales.

Vom Seemannsberufe.

Der soeben erschienene Bericht der Seebereitschaft pro 1907 bemerkt mit Stolz, daß auswärtige Staaten, wie Rumänien, Ungarn, Frankreich usw., Kommissare zum Studium der deutschen Seemannsversicherung entsendet haben, um sich über eine Reihe von Fragen näher zu unterrichten. Hoffentlich fallen die Gestaltungen der ausländischen Gesetze besser aus als bei uns.

Die Seebereitschaft freut sich auch, daß auswärtige Staaten diese Frage jetzt ernstlich in die Hand nehmen, und erklärt, daß durch dieses Vorgehen auswärtiger Staaten aber auf dem internationalen Seehandelmarkt die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Reederei, die viele Jahre hindurch allein mit sehr beträchtlichen sozialpolitischen Lasten beschwert war, eine erfreuliche Steigerung erfahren, bedarf keiner weiteren Ausführung. Das alte Lied, die alte Weise, an die unsere deutschen Reeder ja selbst nicht mehr glauben. Trotz der „beträchtlichen sozialpolitischen Lasten“ diese hohen Reingewinne.

Ueber das Verhalten der Ärzte schreibt der Bericht: Die in den letzten Monaten gemachten unliebsamen Erfahrungen, daß die Fälle, in welchen Ärzten der Vorwurf der Saumlässigkeit bei Erstattung von Gutachten gemacht werden muß, sind in einer auffallenden ständigen Steigerung begriffen. Nahezu ausschließlich handelt es sich hierbei um „behandelnde Ärzte“ im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes. Von diesen Herren sind nicht nur trotz wiederholten Erlagens keine Gutachten zu erlangen, auch die Zurückgabe der ihnen eingesandten Akten erfolgt nicht, und alle Zuschriften an sie werden überhaupt keiner Antwort gewürdigt. Um zu unserem Rechte zu gelangen, insbesondere auch um unser Eigentum, unsere Akten, zurückzuerhalten, haben wir wiederholt die Hilfe polizeilicher Organe bezw. Gerichte in Anspruch nehmen müssen. Dies sei uns so sehr zu verwundern, da die Seebereitschaft ja stets bestrebt gewesen sei, in „vollster Harmonie“ mit den Ärzten zu arbeiten. Gewiß ist das Vorgehen dieser Ärzte verwerflich, weil darunter in erster Linie die armen Verletzten zu leiden haben. Die Seebereitschaften haben aber diesen Zustand selbst mitverschuldet, weil sie ja doch auf die Gutachten der behandelnden Ärzte wenig oder gar kein Gewicht legen. Es wird eben nur eine gesetzliche „Vorschrift“ erfüllt. Das wissen auch viele dieser Ärzte und verhalten sich eben danach. Solange die Seebereitschaften sich nur einzig und allein bei der Rentenfestsetzung auf das Gutachten ihres Vertrauensarztes verlassen, werden die Rassenärzte eben ungerne ihre Gutachten erlassen. Den Anfang zur Besserung sollten deshalb die Seebereitschaften machen.

Die Zahl der Schiffsarbeitsbetriebe hat gegen das Jahr 1906 um 19 zugenommen, gegen das Jahr 1888 aber um 432 abgenommen. Versichert waren 2. 0.

im Jahre 1888	1818
1895	1608
1907	1466

Die versicherten Schiffsarbeitsbetriebe hatten im Jahre 1907

Hölzerne Segler	1061
Eiserne	540
Segler mit Hilfsmaschine	46
Dampfer	1827
Summa	3474 Schiffe.

Als verloren und verschollen wurden im Berichtsjahre erklärt: 16 hölzerne Segler, 4 eiserne Segler, 28 Dampfer und 2 Fischdampfer, zusammen also 50 Schiffe.

Bemerkenswert ist: Die Schiffsflotte hat seit 1888 an hölzernen Seglern um 1872 oder 53,83 Proz. abgenommen, während die Zunahme der eisernen Segler seit 1888 noch 290 oder 160,92 Proz. beträgt. Auch hat die Zunahme der Dampfer weiter angehalten, sie beträgt 905 oder 182 Proz. Auch die Hochseefischerflotte zeigt ein „erfreuliches Emporköhlen“. Die Zunahme beträgt 191 Proz.

Welche Veränderung hat sich seit 20 Jahren in der deutschen Seeschifffahrt vollzogen! Den Nutzen davon hatten nicht die Seeleute.

Mit der Zahl der Schiffe hat sich aber auch der Brutto-Raumgehalt derselben wesentlich verändert. Der Bericht zeigt in einer Statistik, daß die hölzernen Segler seit 1888 von 1 602 262 Kubikmeter Raumgehalt auf 185 603, also um 1 500 759 Kubikmeter oder 80 Prozent abgenommen haben, während die Dampfer von 1 884 097 Kubikmeter auf 10 428 405, also um 454 Prozent sich erhöht haben.

Die Zahl der versicherten Seeleute ist von 87 580 im Jahre 1890 auf 66 346 im Jahre 1907 gestiegen. Gegen das Jahr 1906 beträgt die Steigerung 8620.

Und erst die Zahl der Unfälle... Seit Bestehen der Berufsgenossenschaft wurden angemeldet: 60 040 Unfälle, also fast die Zahl der heute beschäftigten Seeleute. Davon waren allein 8655 Todesfälle.

Im Jahre 1907 wurden 8804 Unfälle der Berufsgenossenschaft gemeldet, darunter 331 Todesfälle. Der Bericht bemerkt natürlich von einem erfreulichen Rückgang der Unfälle, weil im Vorjahre 42 Unfälle mehr gemeldet und im Berichtsjahre „nur“ 331 Todesfälle gegen 405 im Vorjahre, entschädigt wurden.

Die Berufsgenossenschaft will aber aus dem Rückgang der Todesfälle kein „besonderes Wesen machen“, denn „wir wissen doch nur zu gut, daß Wind und Wetter sich nicht gebieten lassen“, aber wir müssen Verwahrung dagegen einlegen, daß alle die besonderen, der Seefahrt eigentümlichen Gefahrenverhältnisse gänzlich außer acht gelassen werden und Bissen in die Dessenlichkeit gelangen, welche irreführend und nur zu sehr geeignet sind, falsche Anschauungen zu erwecken.“ So, so... Der „Schiffsberuf“ wurde aber doch gelächelt... Besonders entristet sich der Bericht darüber, daß am 6. März 1908 in deutschen Reichstage „ein Redner“... falsche Zahlen angegeben habe, von 7180 Todesfällen und 808 Selbstmorden oder verschollenen Seeleuten gesprochen habe. Es wird aber bemerkt, daß sich seit dem Jahre 1888 die Anzahl der versicherten Mannschaften um rund 35 000 erhöht habe. Diese gewaltige Erhöhung des Bedarfs an Mannschaften hat aber auch zur Folge gehabt, daß immer in weiterem Umfange auch unerfahrene Personen zum Seebereitschaftsdienst herangezogen werden mußten, die infolge ihrer Unbekantheit mit den Verhältnissen an Bord naturgemäß zunächst einer etwas höheren Unfallgefahr ausgesetzt waren.“ Die alte Weisheit, die auch unsere Unternehmern auf dem Lande röhren. Sogar die Ausländer, die Auli müssen herangezogen werden, um den „Bedarf“ an Seeleuten zu decken, die arbeitslos in den Hafenorten herumstehen, weil sie sich nicht zu Hungerlöhnen anbieten wollen oder können.

Daß die meisten Unfälle nur geringfügig waren, will die Berufsgenossenschaft damit zu beweisen suchen, daß ja 88 Proz. der gemeldeten Unfälle innerhalb der Wartezeit geheilt wurden. Dies beurteilt doch nur der Vertrauensarzt bei Festsetzung der Rente. Und dabei hatte die große Berufsgenossenschaft an Kosten des Heilverfahrens innerhalb der Wartezeit nur ganze 605 M. ausgegeben.

Tabelle 10, des Berichtes bringt eine Aufstellung der arbeitsfähigen Jahresarbeitsverdienste leider nur in der Gesamtsumme. Auf den Kopf der Versicherten berechnet entfällt durchschnittlich 1005 M. pro Jahr.

Der Bericht bemerkt, daß über 700 Schiffe im Berichtsjahre einer außerordentlichen Revision unterzogen wurden. Um den Ausschichtsbeamten völlige Unabhängigkeit zu sichern, soll es denselben nicht gestattet sein, mit den Reedereien usw. in Geschäftsverbindung zu treten. Das würde auch noch fehlen. Genug, daß die Beamten schon vom Genossenschaftsvorstand abhängig sind.

Der Bericht erwähnt wohl, daß eine Anzahl Schiffe Mängel aufwiesen, z. B. die Unfallverhütungsvorschriften nicht anbringen, die Eintragungen in das Schiffsjournal über das Ausschichten der Boote und den Zustand der Rettungsgürtel fehlten, vergrößert aber die Zahl der beanstandeten Verträge gegen die Unfallverhütungsvorschriften anzuführen. Zur Verhütung der Leute wird nur zum Schluß erwähnt: „Wir können aber auch in diesem Jahre wieder feststellen, daß im ganzen eine Verminderung der Mängel wahrzunehmen ist.“

Das ist alles. Ein Rührler, der glaubt, daß die Seebereitschaften nicht ihre Schuldigkeit tun und den Reedern auf die Finger sieht.

Aus Industrie und Handel.

Beschäftigungsgrad in der Holzindustrie.

Als ein ungefähres Gradmesser des Beschäftigungsgrades in einer Industrie kann der Umfang der absoluten Arbeitslosigkeit gelten. Und da zeigt sich, daß in der Holzindustrie die Verhältnisse außerordentlich traurige sind. Das beweist die Statistik des Holzarbeiterverbandes für das I. Halbjahr 1908.

Am 30. Juni waren insgesamt 6130 arbeitslose Mitglieder vorhanden = 4,18 Proz. des Mitgliederbestandes von 149 316. Die einzelnen Monate 1908 wiesen freilich eine stetige Wnabnahme der Arbeitslosenziffer auf (von 5,81 im Januar auf 4,18 im Juni), doch ist das nur die regelmäßige Besserung der Beschäftigung in den wärmeren Monaten, die sich in jedem Jahre vollzieht (so 1907 von 2,87 Proz. Arbeitslose auf 1,50 — 1905 gar von 2,50 auf 1,08 Proz.) und in den Hochsommermonaten noch andauern pflegt. Ein wirkliches Bild der gegenwärtigen Beschäftigung gibt ein Vergleich mit den Vorjahren. Danach betrug der durchschnittliche Prozentsatz an Arbeitslosen in den ersten 6 Monaten

1905	1906	1907	1908
1,047	1,668	2,292	4,705

Also gegenüber dem besten Jahre, 1906, fast eine Verdreifachung der Beschäftigungslosen. Dabei ist die mildende Wirkung der besseren Monate in diesem Jahre besonders gering. Der Juni 1908 hatte 71 Proz. der Arbeitslosen des Januar gegenüber nur 54 Proz. im Jahre 1907, 54 Proz. 1906 und nur 43 Proz. 1905. Die größte Zahl der Arbeitslosen wies Berlin auf: 3416 = 10,4 Proz. am 30. Juni — wohl noch immer eine Wirkung der letzten Ausperrung —, die geringste der Gau Stuttgart mit 0,9 Proz.

Eine Umwälzung in der Glasindustrie.

Die Glasbläserei beruhte bisher auf Handarbeit. Der bisherige Arbeitsvorgang zur Herstellung eines Glashohlkörpers z. B. einer Flasche, geschah in folgender Weise: Vor einem Mannonen steht eine Kolonne Glasarbeiter, welche durch Einblasen der sogenannten Pfeifen eine bestimmte Menge der Glasmasse aufnehmen. Darauf wird durch kurzes Einblasen von Luft die innere Höhlung vorgebildet, die Glasblase an der Pfeife in eine flache,

schalenartige Form eingelegt und ihr durch Drehen und Drücken eine vorläufige Gestalt gegeben. Zur Erreichung der langgestreckten Flaschenform läßt man den roh gestalteten Körper unter seinem eigenen Gewicht sich strecken. Die letzte Arbeitsstufe besteht darin, daß der so vorbereitete Körper in eine Form mit den endgültigen Abmessungen eingehängt und dann bis zur Ausfüllung der Form angeblasen wird.

Ein amerikanischer Ingenieur, mit Namen Owens, hat nun eine Maschine konstruiert, welche selbsttätig und unabhängig von Menschenhand die Flaschen von Anfang bis Ende fertigstellt.

Der Erfinder hat in der Konstruktion seiner Maschine alle Handgriffe des Glasmachers nachgebildet. Um einen senkrechten mittleren starken Eisenzylinder sind wagerecht ausgreifende Arme angeordnet, deren Enden in die Saugformen, die Vorformen und die Fertigformen ausmünden. Die Maschine dreht sich wagerecht um ihre eigene Achse, um in einer Umdrehung aus jedem der 6 Arme eine fertige Flasche abzuleisten. Die Zuführung der flüssigen Glasmasse geschieht aus einer fortwährend sich drehenden und unter Feuer gehaltenen Zwischenwanne, in die das heiße Glas aus der Hauptwanne überläuft. Aus dieser Zwischenwanne holt sich die Maschine die erforderliche flüssige Glasmasse, indem sie, ohne sich zu drehen, sich wieder erhebt, ihre Saugarme in die flüssige Glasmasse eingreifen läßt. Besondere aufgestellte Gebläse führen den einzelnen Armen die notwendige Saug- und Druckluft zu.

Die erste Anlage nach diesem Verfahren ist jetzt bei der Aktiengesellschaft der Gerveshemer Glasbläserwerke in Gerveshem fertiggestellt und soll — nach einem Bericht an das Unternehmensorgan „Stahl und Eisen“ — Erzeugnisse liefern, die an Sauberkeit der Ausführung den Erzeugnissen mittels Handarbeit nicht nachstehen. Außerdem ermäßigt sich der Herstellungspreis durch die neue Maschine bedeutend gegenüber den alten Arbeitsmethoden.

Die Maschine wirkt in ihrer ruhigen und sicheren Arbeit einfach verblüffend auf den Zuschauer, besonders wenn er Gelegenheit hatte, unmittelbar vorher den Betrieb einer der alten Glasbläser zu sehen, an denen etwa 50 Menschen tätig sein müssen, um nur die halbe Leistung dieser Maschine bewältigen zu können, die von 3 ungelerneten Arbeitern bedient wird.

Einen Beweis, welche wirtschaftliche Umwälzung man sich von der allgemeinen Einführung der Owensmaschine verspricht, gibt die Tatsache, daß der europäische Verband der Flaschenfabriken die Owens-Patente für 12 Millionen Mark erworben hat und dabei festlegte, die Maschinen in bestimmter langsamer Folge einzuführen. Wenn auch für die Herstellung von Spezialflaschen in beschränktem Umfang noch Handarbeit bestehen bleiben wird, so darf aber die Einführung der Owensmaschine als ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung der Glasindustrie bezeichnet werden, ein Beweis, daß die technisch-wirtschaftliche Entwicklung auch hier längst noch nicht abgeschlossen ist.

Eisenbahnverstaatlichung in Oesterreich.

Nach langjährigen Versuchen, die aber infolge der Schwäche der Regierung immer wieder fehlschlagen, ist es endlich dem gegenwärtigen Ministerium, welches sich in gewissen Fragen auf die demokratischen und antikapitalistischen Strömungen des neuen Abgeordnetenhauses stützen kann, gelungen, mehrere große Privatbahnen zu verstaatlichen. Der vor zwei Jahren verstaatlichten Nordbahn werden nun angeschlossen: die Staatsbahnengesellschaft, die Nordwestbahn und die Südnorddeutsche Verbindungsbahn. Mit rückwirkender Kraft gehen vom 1. Januar 1907 insgesamt 3142,89 Kilometer (Betriebslänge) privater Bahnen in den Staatsbesitz über. In die jetzt abgeschlossene Aktion ist auch die bereits in einem früheren Zeitpunkt beschlossene Einlösung der böhmischen Nordbahn einbezogen. Das Netz der Staatsbahnen hatte am Ende des Jahres 1907 zusätzlich der Ferdinands-Nordbahn eine Betriebslänge von rund 15 000 Kilometern, erfährt also jetzt eine Erweiterung um rund dreißig Prozent. Im Privatbetriebe werden dann noch verbleiben die österreichischen Linien der Südbahn, die Kaschau-Oberberger, die Kaiser-Ferdinand, die Südbahn, die Wagram-Bahn, im ganzen nur mehr 3229,4 Kilometer Schienenlänge. Der Übergang vom gemischten System zum reinen Staatsbetrieb wird sonach nunmehr bald vollzogen sein, eine Tatsache, die finanzpolitisch für Oesterreich von größter Bedeutung ist und auch sozialpolitisch ins Gewicht fällt, weil dann die Zahl der staatlichen Eisenbahnbediensteten, die heute 120 000 beträgt, sich nahezu verdoppeln wird. Wenn auch der sozialdemokratische Antrag, wonach die vom Staate übernommenen Eisenbahnen an ihren jährlingen Bezüglern keine Einbuße erleiden sollen, den Bediensteten einen gewissen Schutz bietet, so ist doch daran zu erinnern, daß die Lage der staatlichen Eisenbahner eine nicht weniger als glänzende ist. Die Unzufriedenheit derselben ist groß, und ob das in der vorliegenden Sitzung des Abgeordnetenhauses angenommene Gesetz betreffend die Aufbesserung der Bezüge, welches dank der Bemühungen der sozialdemokratischen Fraktion manche Verbesse rung zugunsten der Bediensteten erfährt, die Wahrung in den Kreisen der Eisenbahner befehen wird, ist fraglich. Der Herbst kann da manche Ueberraschung bringen, die freilich für den Kenner der Verhältnisse keine Ueberraschung sein wird. Einweisen sind auch die Vorleser etwas irritiert, weil ihnen wieder einige Spekulationspapiere entgegen. Zufrieden sind aber die Aktionäre der verstaatlichten Bahnen, da sie ein gutes Geschäft gemacht haben und der kapitalistische Staat bei der Ablösung von Expropriationsrechten privater Kapitalisten sich natürlich nicht lumpen läßt.

Gewerkchaftliches.

Unternehmerterrorismus in Hessen.

Die Wudernschen Eisenwerke in Zollar und Weylar bieten zwar ihren Aktionären recht ansehnliche Profite, zeichnen sich aber ihren Arbeitern gegenüber durch unerhörte Lohnrückstellungen aus. Das hatte der Deutsche Metallarbeiterverband in einem Agitationsflugblatt dargestellt. Der Direktor der Werke ließ darauf Ende voriger Woche den Arbeitern eine „Belanntmachung“ vor die Nase hängen, worin der Inhalt jenes Flugblattes als eine „böswillige Verdrehung der Wirklichkeit“ bezeichnet wird und das wie folgt endet:

Arbeiter! Nachdem Ihr der Mehrzahl nach jahrelang unser Werk, seine Leistung und seine Einrichtungen kennt, müßt Ihr am besten beurteilen können, auf welcher Seite Euer richtiger Platz liegt und in Zukunft sein wird. Wähet den Platz; aber wir müssen angesichts dieser Verheugung, welche in gewissenloser Weise verübt, und unsrer Bestrebungen verächtlich zu machen, Euch erklären, daß wir von heute ab keinen Arbeiter mehr beschäftigen werden, der Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist. Weylar, den 17. Juli 1908.

Wudernsche Eisenwerke.
Kaiser.

Statt Widerlegung der im Flugblatt mitgeteilten Tatsachen, daß die Werke im Jahre 1907 2 993 691 M. Bruttogewinn erzielten, wovon 840 000 M. oder 8 Prozent Dividende an die Aktionäre verteilt wurden, daß die Arbeiter samt den Weisern, 4561 Mann, nur 4 728 926 M. an Lohn, oder wöchentlich im Durchschnitt pro Mann laum 20 M. erhielten und daß man nun den geringen Verdienst noch durch Abzüge von 10 bis 20 Prozent kürzte, ergeht sich der Direktor in Geschimpfe auf den Metallarbeiterverband und raubt den Arbeitern ihr Vereinigungsrecht — wenn sie sich's gefallen lassen.

Berlin und Umgegend.

Zur Bewegung in der Wäscheindustrie.

Am Dienstag nachmittag um 4 Uhr begannen im Gewerkschaftsgebäude die Beratungen der Kommissionen der Arbeiter

und der Fabrikanten in der Wäscheindustrie. Die bestehenden Tarife sind von den Unternehmern gekündigt worden und laufen am 30. September ab. Die neuen Tarife wollen die Unternehmer nur auf die Dauer von 5 Jahren abschließen. Die Arbeitnehmer wollen wissen, wie die neuen Tarife nach den Wünschen der Unternehmer aussehen sollen, ehe sie zu der Dauer der Verträge Stellung nehmen.

In der Beratungskommission waren vertreten von den Arbeitnehmern die Vorstandsmitglieder des Verbandes Stähler, Gue und Kasewald; von den Arbeitgebern waren vertreten die Fabrikanten Bennaton, Berthold, Buchholz und Stern, der letztere führte den Vorsitz. Die Arbeitgeber wollten zuerst die bestimmte Versicherung herbeiführen, daß in bezug auf die Vertragsdauer von 5 Jahren der Verband keine Opposition erheben würde, dagegen hatten sie keinerlei Vorschläge über den Inhalt der 5 abzuschließenden Verträge zu machen. Die Organisation habe nach Ansicht der Fabrikanten nur da einzugreifen, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich über Bestimmungen ihres besonderen Tarifes nicht einigen können. Jeder der 36 organisierten Fabrikanten habe einen eigenen Tarif. Die Arbeitnehmer erklärten, daß es doch allgemein Brauch sei, daß derjenige neue Vorschläge bringe, der einen alten Tarif kündigt und einen neuen wünscht. Herr Bennaton meinte, daß die Organisation der Fabrikanten es ablehnen müsse, sich in die einzelnen Abmachungen, die ihre Mitglieder mit den Arbeitern treffen, einzumischen. Auf weiteres Drängen der Arbeitnehmer, daß die Fabrikanten doch eine Grundlage bieten müßten für einen Tarif, der 5 Jahre dauern solle, zogen sich die Arbeitgeber zu einer Beratung zurück. Als Resultat dieser erklärte Herr Bennaton:

Wir wollen versuchen, bei unseren Auftraggebern durchzusetzen, daß die alten Tarifsätze bestehen bleiben, wenn die Verträge auf 5 Jahre verlängert werden; dagegen sollen die Löhne überall „revidiert“ werden, wo Veränderungen in der Produktion durch mechanische Hilfskräfte oder neue Formen und Muster vorkommen.

Darauf zogen sich die Arbeitervertreter zu einer Sonderberatung zurück und erklärten dann, daß man unmöglich einer Verlängerung auf 5 Jahre für Tarife, die noch ganz ungenügend und unbestimmt seien, zustimmen könne. Für die Unternehmer liege die Sache so, daß sie auf 5 Jahre gegen jede Lohnrückbildung und neue Forderungen der Arbeiter sich sichern wollten, die Nachteile daraus würden nur die Arbeiter treffen.

Im Laufe der weiteren Beratungen regten die Arbeitervertreter eine prozentuale Erhöhung der Löhne, die Freigabe der Zutate bei der Näherei und die Ausdehnung der Tarife auf die Heimarbeiter an, um den Arbeitern etwas für die langjährige Dauer der Tarife zu bieten. Eine Erhöhung der Löhne wie auch eine Freigabe von Zutate wurde von den Fabrikanten entschieden abgelehnt; in bezug auf die Heimarbeiter wurde behauptet, daß auch den Heimarbeitern die tarifmäßige Erhöhung zugebilligt worden sei.

Man einigte sich schließlich dahin, daß die Löhne bei einer veränderten Produktion zu revidieren seien, die Abmachungen sollen tariflich festgelegt und beim Gewerbegericht eingereicht werden. — Die Beratungen werden nach dem 15. August fortgesetzt werden, nachdem die resp. Organisationen weitere Stellung genommen haben.

Erklärung. Mit Bezug auf die Erklärung des Genossen Handke in der Kohrlegerversammlung am 20. Juli cr. betreffend den angeblich vom Metallarbeiterverband in dieser Sache an die Unternehmer gesandten Brief geht uns eine Erklärung folgenden Inhalts zu:

„In der Sitzung des Einigungsamtes vom 15. Juli 1908 in Gegenwart von Handke ist von Herrn Obermeister Ludwig Grün der in Frage kommende Brief verlesen worden.“

In einer telephonischen Unterredung vom 21. Juli cr. erklärte Herr Obermeister Ludwig Grün, er sei zu jeder Zeit bereit, das, was er vor dem Einigungsamt am 15. Juli cr. vorgelesen und erklärt hat, zu bekräftigen. Im weiteren Verlaufe dieser Unterredung verlas Herr Grün die Stelle aus dem Brief vom 7. Juli 1908, in welcher der Deutsche Metallarbeiterverband die Kündigung des Tarifes durch den Arbeitgeberverband im Kohrlegergewerbe bedauert.

Weiter teilte Herr Grün mit, Herr Handke habe um eine Unterredung erlucht. Diese habe am 13. Juli 1908, abends 6 Uhr, in seinem Bureau stattgefunden. In dieser Unterredung habe Herr Handke erklärt, der Deutsche Metallarbeiterverband hätte den bestehenden Tarif nicht gekündigt, da er seinen Ansprüchen genügt.

Also sachlich falsch ist in unserer Zeitung die Behauptung, der fragliche Brief habe die ganze wiedergegebene Erklärung enthalten. Ein Teil ist aber in Gegenwart von Handke am 15. 7. 08 von Herrn Obermeister Ludwig Grün mündlich mitgeteilt.

Berlin, den 21. Juli 1908. gez. Carl Wiesenthal.

Um die Angelegenheit sofort zu klären, haben wir bei dem Genossen Handke angefragt, ob er zu der obigen Behauptung eine Erklärung abzugeben wünscht, und erhalten von ihm diese Mitteilung:

Zu den obigen Behauptungen habe ich zu erklären, daß ich die mir unterschobene Bemerkung weder mündlich noch schriftlich gemacht habe.

Mit aller Entschiedenheit halte ich die in der Versammlung am 19. Juli abgegebene Erklärung in vollem Umfange aufrecht. Berlin, den 22. Juli 1908. Otto Handke.

Achtung, Leistungsvergolde! Wegen Lohnunterschieden ist der Zugang streng fernzuhalten von Prag (Böhmen) und der Goldleisensfabrik von Gruhl u. Co. in Magdeburg. Die Zentralkommission der Vergolde.

Deutsches Reich.

Der Wirtskampf im Erzgebirge.

Seit Weihnachten 1907 kämpfen die sächsischen Wirtler gegen die Herabsetzung ihrer Arbeitslöhne. Der Kampf beschränkte sich anfangs auf Gornsdorf. Schon nach wenigen Wochen übertrug er sich auf Reinersdorf und seit 6 Wochen sind nun noch etwa 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Orte Thalheim, Zahndorf, Reinersdorf, Auerbach, Dorschemnitz, Brumelos und Aßfalten durch die organisierten Unternehmer gesperrt worden. Trotz der nunmehr schon 30 Wochen langen Dauer des Kampfes scheint das Ende noch in weiter Ferne zu liegen. Vor 14 Tagen versuchte der Gemeindevorstand zu Gornsdorf die Parteien einander näher zu bringen. Die Arbeiter waren, wie immer, ohne weiteres zu Verhandlungen bereit. Auch die in Frage kommenden Unternehmer hatten ungewisselhaft ihre Geneigtheit, in Verhandlungen einzutreten, erkennen lassen. Am 8. Juli teilte der Gemeindevorstand den Streikenden mit, es würden bestimmt Verhandlungen stattfinden, doch sei man sich über die Form noch nicht schlüssig. Das Nähere wolle er den Streikenden am nächsten Tage schriftlich mitteilen. Statt dieser näheren Mitteilung kam nun am anderen Tage die Meldung, daß am Montag die Unternehmer zunächst noch eine Sitzung in Chemnitz hätten. In Chemnitz sitzt die Leitung des Arbeitgeberverbandes der sächsischen Industrie. Beeinflusst von den Chemnitzer Scharfmachern lehnten nunmehr nach jener Sitzung die Gornsdorfer Unternehmer die Unterhandlungen ab. So geht der Kampf weiter.

Die Unternehmer wollen die Verhandlungen abgelehnt haben, weil das Gerücht verbreitet worden sei, die Anregung zu den Verhandlungen sei von den Unternehmern selbst ausgegangen. Es erübrigt sich, auf solche Redensarten einzugehen. Die Unternehmer werden übrigens Gelegenheiten haben, zu beweisen, ob das wirklich der Grund war. Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes hat jetzt offiziell den Gewerbeinspektor zu Chemnitz ersucht, sich um die Zusammenführung der Parteien zu bemühen. Es unterliegt ja keinem Zweifel, daß die Chemnitzer Scharfmacher mit allen Mitteln versuchen werden, das Zustandekommen von Verhand-

lungen zu verhindern. Seit Beginn des Kampfes haben jene Kreise die Öffentlichkeit zu täuschen versucht. Sie haben ein Interesse daran, die Feststellung der Wahrheit durch unparteiische Organe zu verhindern. Seit Beginn des Kampfes haben sie behauptet, es handle sich nur um eine Lohnregulierung, nicht um eine Lohnreduktion. Der in der Lohnregulierung begründete Minderdienst sei gar nicht der Rede wert. Dem Ausfall stände ein Mehr gegenüber. Dabei ist gerichtlich festgestellt, daß bei einer Firma 38 Arbeiter in einer Woche unter dem neuen Lohnsatz einen Lohnausfall von zusammen 121,75 M. hatten. Dem stand bei 5 Arbeitern ein Mehr von 1,95 M. gegenüber. In einer anderen Fabrik hatten die beschäftigten 34 Arbeiter einen Abzug von 69,58 M. pro Woche. Die Chemnitzer Scharfmacher haben aber auch noch aus anderen Gründen Ursache, die Verhandlungen und damit jede Möglichkeit einer Einigung unter allen Umständen zu verhindern. Im Erzgebirge sind in den letzten Jahren eine Menge neuer Unternehmer der Wirtlerbranche entstanden. Andere Unternehmer, die vorher lediglich für Chemnitz arbeiteten, haben den Export ihrer Erzeugnisse selbst in die Hand genommen. Die Hochkonjunktur begünstigte die kleinen Unternehmer. Früher war der Export fast ausschließlich in den Händen der großen Chemnitzer Firmen. Die Chemnitzer Großfirmen erblickten nun in den zahlreichen kleinen Unternehmern eine lästige Konkurrenz. Jedes Mittel, sie zu vernichten, ist recht. Der lange Streik wird zweifellos einer Anzahl der kleinen Geschäfte das Lebenslicht ausblasen. So versteht man das heisse Bemühen, immer mehr scharf zu machen. Die Arbeiter können mit Ruhe der Zukunft entgegensehen. Sie wissen, daß am letzten Ende — wie die Dinge im Erzgebirge liegen — die Unternehmer diejenigen sein werden, die die Produktion dieses Kampfes werden zu bereuen haben.

Zur angebotenen Generalausperrung in Wittenberg.

Die Generalausperrung für das gesamte Baugewerbe in Wittenberg ist noch in letzter Stunde abgemindert worden. Die Unternehmer haben nachgegeben, aber auch die Nachbeter haben Entgegenkommen gezeigt, indem sie von ihrer ursprünglichen Forderung etwas nachließen.

Dem Scharfmacherverband angeschlossen!

Dem „Arbeiter-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe“ (Sitz Berlin) ist es nach etwa fünfjähriger Verbannung endlich gelungen, den „Münchener Arbeiterverband des Schreiner- gewerbes“ in den sogenannten „Schutzverband“ mit einzubeziehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die persische Revolution.

Petersburg, 22. Juli. (W. T. V.) In Ergänzung der Berichte aus Teheran erfährt die Petersburger Telegraphenagentur, daß während des Kampfes zwischen den Verteidigern des im Damaskusbezirk gelegenen Endschumens Islamie und den Einwohnern des Amirakbezirk, den Sattar Khan verteidigt, auch Geschü ß e zur Verwendung kamen. Die Bazare wurden von den sie besetzenden bewaffneten Fidayi geplündert. Sattar Khan drang nachts auf Umwegen mit seiner Reiterei in den Damaskusbezirk ein. In der Stadt herrscht vollkommenere Anarchie. Ein aus Teheran gesandtes Bataillon lief auseinander, da es weder Sold noch Brot erhielt, an dem in der Stadt der größte Mangel herrscht. Die Revolutionäre verloren gestern Abend die am vorhergehenden Abend den Anhängern des Schahs abgenommenen Verschanzungen. Ein Sohn Radim Khans wurde im Kampfe getötet. In der Frühe des heutigen Tages riefen Trompetensignale die Bevölkerung zur Moschee und auf die besetzten Stellungen. Der Kampf begann von neuem. Die Telegraphenlinien nach Teheran und Rußland sind zerstört.

Konflikt zwischen Venezuela und den Niederlanden

New York, 22. Juli. (W. T. V.) Ein Telegramm aus Caracas meldet: Präsident Castro hat den niederländischen Gesandten de Reus ausgewiesen. Der venezolanische Minister des Aeußern sandte dem Gesandten seine Pässe mit einer Note des Inhalts, daß im Hinblick auf die Anschuldigungen, die de Reus in einem am 9. April d. J. an Castro gerichteten Schreiben zum Ausdruck gebracht habe, dieser ihn für ungeeignet erachte, in freundschaftlichem Sinne als Mittelsperson für die Beziehungen zwischen Venezuela und den Niederlanden zu wirken.

Noch acht Tage!

Konstanz, 22. Juli. (W. T. V.) Die Reparaturarbeiten an dem Zeppelinischen Luftschiff werden in zirka acht Tagen beendet sein. Der genaue Termin des Aufstieges wird strengstens geheim gehalten.

Das strenge Regime in Indien.

Bombay, 22. Juli. (W. T. V.) Der im vorigen Monat wegen eines aufreizenden Artikels verhaftete Führer der extremen Nationalisten, Tilak, wurde zu sechs Jahren Deportation verurteilt.

Ueberschwemmungen.

Gleimont-Ferrand, 22. Juli. (W. T. V.) Infolge heftiger Regengüsse sind sämtliche Flüsse aus den Ufern getreten. In der Nähe von Puy-Hugo wurde durch den Wasserdruck ein Wohnhaus zerstört, auch mehrere Brücken wurden weggeschwemmt. In dem Bezirk von Ambrat sind die Verkehrswege überschwemmt, infolgedessen ist der Verkehr unterbrochen. Der angerichtete Schaden ist bedeutend.

Unwetter in Ungarn.

Klausenburg, 22. Juli. (W. T. V.) Ein hier niedergegangenes fürchterliches Unwetter hat großen Schaden in Klausenburg und Umgebung angerichtet. Durch Wollenbruch und Blitzschlag wurden acht Häuser zerstört. Zwei Frauen wurden getötet und zwei Kinder schwer verletzt.

Schneefälle in Frankreich!

Chambéry, 22. Juli. (W. T. V.) Starke Schneefälle sind in ganz Savoyen niedergegangen und haben die Wege unpassierbar gemacht, so daß der Verkehr stellenweise unterbrochen ist.

Eisenbahnunfälle.

Frankfurt a. M., 22. Juli. (W. T. V.) Heute nachmittag 6 Uhr 30 Minuten bei der Einfahrt des von Heidelberg kommenden Personenzuges 663 in Gleis 6 des hiesigen Hauptpersonenbahnhofs überfuhr die Zugmaschine, wahrscheinlich infolge zu frühen Abens der Luftdruckbremse, das Sandgleis, beschädigte stark den Frellbock und entgleiste. Ferner entgleiste der viertelste Wagen. Der Betrieb ist nicht gestört. 17 Reisende sind leicht verletzt.

Paris, 22. Juli. (W. T. V.) Wie aus Chaumont (Dep. Haute Marne) gemeldet wird, wurde infolge eines Eisenbahnunfalles bei Château Villain ein Zuginspektor getötet und vier Reisende verletzt.

Der Tod im Grünen.

Eger, 22. Juli. (W. T. V.) In Pleßing wurde der fünfjährige Gastwirtskocher Johanna Böhm, welche sich in der Nähe des elterlichen Hauses in das Gras gelegt hatte, von einer Näherin der Kopf vollständig abgeschnitten.

Ziegeleiarbeiter.

Gegenüber der schon im Berichtsjahre bemerkbar gewordenen ungünstigen Lage der Ziegeleiindustrie muß angenommen werden, daß die Zunahme der Gesamtlöhne auf die in fast allen Sektionsbezirken notwendig gewordene Steigerung der Lohn- und Alfordräge der Ziegeleiarbeiter zurückzuführen ist.

Berücksichtigt man aber die nachgewiesenen Löhne der Arbeiter, so ergibt sich, daß im Jahre 1907 ein Ziegeleiarbeiter durchschnittlich 680 M. verdient hat. Da war doch eine „Steigerung der Löhne“ wirklich „notwendig“.

Verstärkt waren laut Bericht im Jahre 1908 11 692 Betriebe mit 288 881 Arbeiter, im Jahre 1907 dagegen nur 11 661 Betriebe mit 293 072 Arbeiter.

- 1. durch Heilung innerhalb der ersten 18 Wochen des Unfalls 4251 Fälle.
2. durch Entschädigung 1711
3. durch Ablehnung der Rente 883

Es sind somit nur 27 Proz. der gemeldeten Unfälle von der Berufsgenossenschaft entschädigt worden. Die Krankenkassen mußten die Reste der Unfallbehandlung wieder bezahlen.

Von den entschädigten Fällen sind zurückzuführen, laut Unternehmensmeldung: mangelhafte Betriebseinrichtungen 67 Fälle, Fehlen von Schutzvorrichtungen 37, Handeln wider bestehende Vorschriften, Nichtbenutzung von Schutzvorrichtungen 168, Leichtsin, Walgerei 17, Ungeklärtheit, Unachtsamkeit der Arbeiter 367.

Interessant ist auch die Angabe über die Höhe der gezahlten Renten für die 1948 Entschädigten. Es erhielten unter 25 Proz. 884 Personen = 42,81 Proz. aller Verletzten von 25-50 306 = 15,71

Als Folgen der Unfälle wird angegeben: 175 Todesfälle oder 8,98 Proz. der Fälle, 3 oder 0,15 Proz. hatten dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit, 406 oder 20,84 Proz. teilweise und 1304 oder 70,02 Proz. vorübergehende Erwerbsbeschränkung zur Folge.

Das Alter der Getöteten war: unter 16 Jahren: 12 Personen, 16-20 Jahre: 21 Personen, 21-30 Jahre: 24 Personen, 31-40 Jahre: 28 Personen, 41-50 Jahre: 43 Personen, 51-60 Jahre: 34 Personen, 61-70 Jahre: 18 Personen.

Schlauhe Unternehmer versuchen auch die Verantwortlichkeit für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften ihren Angestellten zu überlassen. Wie der Bericht erwähnt, hatte sich das Reichsversicherungsamt mit dieser Frage zu befassen und erklärte: „Eine Übertragung der Verantwortlichkeit auf andere ist unzulässig.“

Da noch ein Jahreslohn von 680 M. den Ziegeleibesitzern zu hoch ist, so müssen Strafgefangene zur Arbeit herangezogen werden! Die Berufsgenossenschaft hat nun, wie der Bericht anführt, bestimmt, daß Ziegeleibesitzer, welche Gefangene oder Arbeitshäusler in ihren Betrieben beschäftigen, von den betr. Anstaltsdirektionen verpflichtet werden, die Kasse dieser unfreien Personen gegen Betriebsunfälle zu versichern.

Kleines feuilleton.

Die „Nichtintervention“ und die Menschlichkeit. Ein greiser, aufseimännischer Geistlicher, der im persischen Reiche seine Ansichten über zeitgemäße Reformen offenbar zu laut hatte werden lassen, ist von den Parteigängern des Schahs ergriffen worden.

Es darf niemand in die internen Angelegenheiten eines anderen Staates eingreifen! Das ist ein Grundsatz internationalen Rechts. Unterdessen hängt man in Petersburg, Moskau, Warschau oder Niga tagtäglich ein Duzend Unglücklicher, unter ihnen manchmal auch junge Mädchen, die das 18. oder gar das 16. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben!

Das sind entsetzliche Vergehenheiten, gegen welche vorzugehen jene gesegnete „Nichtintervention“ hindert, die als ein großes Konfession des internationalen Rechts bezeichnet werden müßte.

Ein anderer guter Herrscher, der sogenannte Nero von Annam, ließ sich den lieblichen Zeitvertreib, von den Fenstern seines königlichen Residenzschlosses aus seine in den Gärten imwandelnden

Arbeitsvertrages zwischen ihr und dem Unternehmer des Betriebes oder zum mindesten das Vorliegen von Umständen, welche die Annahme eines Arbeitsverhältnisses ermöglichen. Zum Abschluß eines auf freier Entscheidung beruhenden Arbeitsvertrages sind aber nur freie Personen fähig.

Hiernach, und da besondere Umstände, die zur Begründung einer anderen Auffassung geeignet wären, nicht geltend gemacht worden sind, kann die Ziegeleiberufsgenossenschaft zur Zeit weder für verpflichtet noch für berechtigt erachtet werden, die Versicherung des in Rede stehenden Kassehalters zu übernehmen.

Die Strafgefangenen sollen also weiter beschäftigt werden. Sie sind ja billigeren Arbeitskräfte. Uebrigens sucht man die Versicherungsloskosten an ihnen zu sparen. Zwar hat dann der Unternehmer persönlich für die Folgen schuldhaft von ihm verursachter Unfälle zu haften.

Die Steuerbehörde ist eifrig auf der Jagd nach Steuern gegen Arbeiter. Der Bericht erwähnt, daß Vorstehende der Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen nicht selten Auskünfte über die von den Unternehmern gemachten Lohnangaben verlangten, die aber verweigert würden.

Und das alles wegen der Besteuerung armer Ziegeleiarbeiter, deren Jahresverdienst durchschnittlich nur 680 M. beträgt, in Preußen also steuerfrei sein muß.

Gerichts-Zeitung.

Bereitschaftliche Schikane vor dem Kammergericht.

Der Radfahrerbund „Sturmbogel“ hatte zum Sonntag, den 15. Dezember 1907, einen Ausflug seiner Mitglieder zwischen Buer und Gelsenkirchen veranstaltet. An demselben haben etwa 15 Radfahrer teilgenommen, die sich durch rote Abzeichen kenntlich machten.

Man erzählt sich, daß der Schah sich am Leben solcher Gesellschaften belustigt, und daß er diesen einen von ihm verfaßten Traktat über die „Nichtintervention“ hinzuzufügen beabsichtigt, ad usum Delphini!

Es interveniert auch niemand in Monaco, wo ein kleiner Fürst, der über ein Heer von fünfundsiebenzig Soldaten (den Oberbefehlshaber mitinbegriffen) gebietet, den Aufenthalt der größten Spielhölle der Welt gestattet, die alljährlich Tausende von Unerschorenen und Verschwendern ruiniert, sowie den Tod vieler unter ihnen herbeiführt.

Das Völkerrecht verbietet die Intervention!

Gegen die weiße Sommerkleidung. Der Ruhm der weißen Kleidung als des besten Abwehrmittels gegen die Einwirkung der Sommerhitze wird beständig erschüttert durch die Untersuchungen englischer Aerzte. Die Experimente sind in verschiedenen Tropengegenden mit aller Sorgfalt ausgeführt worden und haben ergeben, daß die beste Abwehrkraft gegen die Sommerhitze nicht dem Weiß zukommt, sondern dem Rot.

Humor und Satire.

Das Kaufmannsöhnchen. Papa (auf die eben angekommenen Drillinge zeigend): „Sieh' mal, Karlden, was und der Storch da gebracht hat!“ — Karlchen: „Das ist wohl eine Auswahlbung, Papa?“

— Gelungen. Alpenwirt: „Jetzt kostet bei mir ein Schmelz schon eine Mark fünfzig Pfennig und immer noch ist's den Leuten nicht nobel genug bei mir!“

— Tüchtiger Lauffuge gesucht. So lautete das Schild, das vor einem Geschäftshause der City hing. Es hatte noch nicht lange dagehangen, als ein kleiner Bursche es gelassen abhängte und ließ damit ins Haus trat. „Haben Sie dies drangen aufgehängt,

der Tatsache, daß eine Genehmigung zu diesem als öffentlichen Aufzug angelegenen Auszuge nicht erteilt worden, wurde gegen Radjel als Leiter desselben das Strafverfahren wegen Vergehens gegen § 10, 67 des preussischen Vereinsgesetzes eingeleitet. Von dem Schöffengericht wurde der Angeklagte zu einer Strafe von 30 Mark verurteilt, indem angenommen ist, daß eine politische Demonstration beabsichtigt war, was aus den roten Abzeichen der Teilnehmer klar hervorgehe!

Wislungene Vereinsrechtschikane in Breslau.

Am 20. Mai sollte in Breslau im Garten des Hausfeldens Lokals eine Wählerversammlung stattfinden. Weil es regnete, wurde sie in den Saal verlegt. Die vorchriftsmäßige Genehmigung für die Versammlung unter freiem Himmel war erteilt worden. Doch die Polizei vertrat die eigenartige Meinung, daß die in den Saal verlegte Versammlung eine von der genehmigten verschiedene geworden sei, und da eine Frau gesprochen hätte und Frauen teilgenommen hätten, nicht eine Wähler-, sondern eine öffentliche politische, für die eine Anmeldung oder vorchriftsmäßige Bekanntmachung nicht vorgelegen habe.

Das Gericht kam zur Freisprechung, weil durch die Verlegung aus dem Garten in den Saal die Identität des Ortes und damit der Versammlung nicht gestört worden sei. Eine Prüfung, ob es sich um eine Wählerversammlung gehandelt habe, brauche daher nicht einzutreten.

Notizen.

Theaterchronik. Das Friedrich-Wilhelm-Städtische Schauspielhaus wird vom 1. September an eine Reihe von Klassiker-Aufführungen beginnen. In Aussicht genommen sind „Egmont“, „Wilhelm Tell“, „Maria Stuart“, „Faust“ (I. Teil), „Julius Caesar“ und „Othello“.

Ein antimilitarisches Stück. Das vom Deutschen Theater in Prag bei der Polizei zur Zensur eingereichte Schauspiel „Waffenübung“ von Hans Weich wurde zur Aufführung nicht zugelassen, weil es einen antimilitarischen Charakter habe.

Wilhelm Schröder, der plattdeutsche Schriftsteller, wurde am 23. Juli 1808 — also heute vor 100 Jahren — geboren. Von seinen Geschlechtern, die in Ansbach bei Neclam erschienen sind, ist vor allem das uralte, aber von ihm glücklich gefasste Stüchchen vom Wetlauf zwischen dem Swinegel und dem Hasen populär geblieben.

Die „Zukunft“ als rentable Gegenwart. Der Bibliothekar Dr. Hagelstange behandelte, wie wir in der Sachzeitung „Presse — Buch — Papier“ lesen, in einem Vortrage Hardens „Zukunft“ vom Standpunkte der Buchdruckerkunst aus. Er stellte fest, daß sie — was Papier, Typen, Druck usw. anlangt — zum schlechtesten gehört, was sich überhaupt finden läßt und nicht einmal von den Induaner-Schmälern und Hintertreppenromanen übertroffen wird.

Eine „journalistische Bibliothek“ ist im Heidelberger journalistischen Seminar eingerichtet worden. Sie soll wissenschaftlichen Arbeiten über die Geschichte des Zeitungswesens dienen.

Der Bariton-Offizier. Oder muß es Offizier-Variton heißen? Tatsache ist, daß in einem Ostseebade zurzeit ein königlicher Hofopernsänger auftritt, der sich in seinen Prospektien rühmt, „altber Artillerieoffizier“ gewesen zu sein. Wenn das nicht gut ist für die Musik!

Luftschiffoptimisten. Einer der Vorstehenden der Amerikanischen Luftschiffgesellschaft erklärte, daß ungefähre in achtzehn Monaten die Gesellschaft so weit sein werde, einen regelmäßigen Luftschiffbetriebs zur Beförderung von Passagieren und Frachten zwischen New York, Boston und Newhagen durch leistungsfähige Luftschiffe einzuführen.

Sittlichkeitsbilder aus einem Kinematographen.

Zu dem unter dieser Überschrift in Nr. 168 enthaltenen Gerichtsbericht erstunt unter der Leitung eines Kinematographen-Theaters, Albert Steinert, ausdrücklich mitzuteilen, daß sich die in obiger Zeile erwähnten Dinge nicht in seinem in der Krautstraße am Straußberger Platz gelegenen Theater abgespielt haben. Derselben Wunsch kommen wir hiermit nach, da das Kinematographen-Theater, das in der Verhandlung eine wesentliche Rolle spielte, nicht am Straußberger Platz sich befand.

Clown oder Clou?

Einen klassischen Beweis für die Unzulänglichkeit preussischer Rechtspflege zur Verwirklichung des Rechts lieferte eine Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht in Köpenick gegen das Mitglied der freien Jugendorganisation, den Maler Willi Schulz stattfand. Derselbe war der Verleumdung dreier Pastoren, Kemmich, Glasomersky und Schmücker, beschuldigt. Zu einer Versammlung waren diese drei Pastoren eingeladen, aber nicht erschienen. Die Anklage behauptet, in jener Versammlung habe Angeklagter in einem Vortrage ausgesprochen: „Ich habe mich darauf gefreut, mit den Pastoren diskutieren zu können. Leider sind sie nicht erschienen. Na, schadet nichts. Dann sind wir eben ein paar Clowns weniger.“

Angeklagter: Ich bestreite entschieden, mich in dieser oder ähnlicher Weise ausgedrückt zu haben. Hätte ich das gesagt, so würde ich mich und die ganze Versammlung als Clowns bezeichnet haben. Das habe ich natürlich nicht getan. Ich habe vielmehr davon gesprochen, daß wir, da die Pastoren nicht erschienen sind, leider auf den Clou des Tages verzichten müssen.

Gendarmeriewachmeister Böcker sagt im Sinne Anklage aus. Er spricht das Wort Clown erst wie Kloon, dann wie Kloun aus. Die Frage des Angeklagten, wie er denn das Wort ausgesprochen habe, hält der Vorsitzende für unwichtig. Ein schon vor der Verhandlung gestellter, nunmehr wiederholter Antrag des Angeklagten, bestimmte Zeugen darüber zu vernehmen, daß die Sachdarstellung des Angeklagten, nicht die des Zeugen zutreffend, wird vom Amtsanwalt bekämpft, vom Gericht abgelehnt. Das Gericht verurteilt dann den Angeklagten dem Antrage des Amtsanwalts entsprechend zu 100 M. Geldstrafe. Gegen dies Urteil wird Berufung eingelegt werden.

Eigenartig, daß die Herren Pastoren nicht gegen den Straf-antrag gestellt haben, der behauptet hat, sie seien als Kloon (sprich: Klonn) bezeichnet, wohl aber gegen den, der ihre Anwesenheit für einen Clou (sprich: Klou) erklärt. Noch eigenartiger die Verweigerung.

Vergebliche Klage gegen Rechtsbeistand.

Eine eigenartige Angelegenheit führte gestern den Zigarrenhändler Genossen Meng auf die Anklagebank. Meng ist Zigarrenhändler und hat unentgeltlich in Sachen, die die preussische Staatsangehörigkeit betreffen, Rat erteilt. Er befaßt sich auch mit entgeltlicher Abfertigung schriftlicher Eingaben in anderen Rechtsfällen. Diese Geschäfte ist er als Rechtskonsulent in ein Buch einzutragen verpflichtet und ist auch dieser Pflicht nachgekommen, natürlich aber nicht die aus Parteinteresse unentgeltlich erteilte Auskunft und Hilfe bei den Eingaben betreffend Erwerb der preussischen Staatsangehörigkeit. Darauf erhielt er ein Strafmandat in Höhe von fünf Mark. Hiergegen erhob er Einspruch. Gestern gelangte die Sache zur Verhandlung vor dem Schöffengericht. Die Anklage vertrat die Auffassung, die Auskunftserteilung sei in zwei Fällen entgeltlich erteilt, weil die Ratfuchenden — vom Angeklagten auch Zigarren gekauft hatten. Der Angeklagte bestritt entschieden, sich strafbar gemacht zu haben. Die Raterteilung und Aufnahme der Anträge in Staatsangelegenheiten habe mit seiner sonstigen Raterteilung absolut nichts zu tun. Sie erfolge unentgeltlich. Sie steht mit dem Kauf von Zigarren nicht im Zusammenhang. Mit dem Verkauf habe er lediglich eine Parteipflicht erfüllt. Als Zeuge vertrat Polizeikommandant Lechow die falsche Rechtsansicht der Anklage, nach der Gewerbmäßigkeit der Raterteilung vorliegt, wenn Ratfuchende Zigarren kaufen. Zeuge Bonty bezeugte: Ich kaufte beim Angeklagten Zigarren. Darauf ließ ich mir bei meinem Antrag auf Erwerb der preussischen Staatsangehörigkeit helfen. Dieser Rat hatte mit dem Zigarrenkauf nichts zu tun. Es ist völlig ausgeschlossen, daß ich die Zigarren zwecks einer Art Verzählung des Rechtsbeistandes gekauft habe. Bei dem Kauf dachte ich gar nicht an diese Hilfe. Auf das Zeugnis des zweiten unentgeltlich Beratenden Bernthscheider wurde allseitig verzichtet. Genosse Vieh bezeugte: Es ist in der Partei verlangt, daß die Parteigenossen bei der Erwirkung der Staatsangehörigkeit von anderen Genossen, die die Sachlage kennen, unentgeltlich hilfreich unterstützt werden. Dem ist der Vorstand des Wahlkreises nachgekommen: er hat eine Reihe von Personen vorgeschlagen, die sachverständig sind und an die sich die Genossen wenden können, welche die preussische Staatsangehörigkeit zu erwirken suchen. Dieser Erwerb wird nämlich mit Schwierigkeiten verknüpft. — Vorl.: Das hat mit der Anklage nichts zu tun. Auf der von Ihnen bekannt gemachten Liste stand auch der Angeklagte und eine Reihe anderer Geschäftleute. Wie kam es, daß gerade diese Geschäftleute in der Liste berücksichtigt sind? Vieh: Weil die zu jeder Tageszeit anzutreffen sind. Es sind aber auch Privatpersonen von uns in der Liste aufgeführt, die ebenfalls unentgeltlich Hilfe zu leisten bereit sind. Der Amtsanwalt führte aus: Niemand ist ohne Anmeldung des Gewerbes und Beobachtung der gesetzlichen für Rechtskonsulenten geltenden Vorschriften berechtigt, Auskunft über gesetzliche Vorschriften zu geben, wenn er hieraus einen Nutzen zieht. Das hat aber Angeklagter in den Fällen getan, in denen er Auskunft erteilt, die ihm vorher ja sechs Zigarren abgekauft hatten. Er beantrage fünf Mark Geldstrafe. Das Gericht vermochte dieser für Verbreitung von Rechtsunkenntnis sprechenden Deduktion nicht zu folgen. Der Angeklagte habe zweifellos unentgeltlich, lediglich im Parteinteresse Rechtsauskunft erteilt. Für solche Auskünfte gelten die Vorschriften über Rechtskonsulenten nicht. Angeklagter sei daher unter Auferlegung der Kosten an die Staatskasse freizusprechen.

Liegt es im Interesse der Rechtspflege, zutreffende, unentgeltliche Rechtsauskünfte gerichtlich zu verfolgen, oder läge die Unter-stützung solcher Auskünfte im Interesse einer das Recht in der Tat währenden Justizpflege?

„Läufer und Spanner“.

Ein gestörtes Rendezvous am Tempelhofer Felde lag einer Anklagesache zugrunde, mit welcher sich gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts II beschäftigten mußte. Wegen Verleumdung und Annahme eines öffentlichen Amtes war der Schneider Emil Wiesner angeklagt. — In der Nacht zum 23. März 1908 spielte sich auf dem Tempelhofer Felde in der Nähe der Dreihundstraße folgende Szene ab. Es ging dort ein Liebes-pärchen spazieren und ließ sich an einer abseits gelegenen Stelle nieder. Das verliebte Pärchen hatte keine Kenntnis davon, daß gerade in der dortigen Gegend eine gewisse Expresskategorie ihr Unwesen trieb, die in dem Verbrechertum als „Läufer und Spanner“ bezeichnet wird. Die Tätigkeit dieser Leute, die vielfach sogar mit Kriminellen, photographischem Apparat und Blitzlicht ausgerüstet sind, besteht darin, daß sie Liebespärchen beobachten und sie dann der Erregung öffentlichen Argernisses beschuldigen. Hierbei geben sie sich als Kriminalbeamte aus und bearbeiten die höchst erschreckten Liebespaare so lange, bis der Liebhaber sein Portemonnaie zieht und dessen Inhalt in die Hand des angeblichen „Kriminalbeamten“ gleiten läßt. Das Treiben dieser unheimlichen Wesen gelangt natürlich höchst

selten zur Kenntnis der Polizei, da das Pärchen zumeist sehr froh ist, so billig davon gekommen zu sein. — In dem vorliegenden Falle hatte der junge Mann nicht bemerkt, wie ein Mensch, auf allen Eieren kriechend, sich an die Lagerstätte des Pärchens heranschlich. Gerade in dem Augenblick, als sich die Liebespaare zum vierten Male ewige Treue schworen, legte sich eine Hand auf den Rücken des S. Der junge Mann sprang sofort auf und sah sich einem Manne gegenüber, der sie beide aufforderte, ihm zur Polizeiwache zu folgen. Dem abgesehenen Pärchen blieb nichts weiter übrig, als dem Manne, der sich als Kriminalbeamter ausgab, zu folgen. Auf dem Wege ließ der „Beamte“ allerlei Bemerkungen fallen, welche dem Liebhaber als die letzte Rettung erschienen, um aus dieser unangenehmen Situation herauszukommen. Schließlich erklärte der „Herr Beamte“, er wolle die beiden Delinquenten laufen lassen, wenn ihm fünf Mark gezahlt würden. Trotz seiner Schuldschuldigkeit war der junge Mann, ein Arbeiter S., sehr erfreut darüber, so billig davonzukommen und zahlte die verlangte Summe. Er konnte dann ruhig seines Weges gehen. Nunmehr kamen ihm doch Bedenken und er wendete sich an den Schuhmann Jörk, der in der Dreihundstraße patrouillierte. Beide ließen dem angeblichen Beamten nach und konnten ihn noch stellen. Er war über das Erscheinen seines echten Kollegen sehr unangenehm berührt, mußte aber nun seinerseits den Gang zur Polizeiwache antreten. Hier stellte es sich heraus, daß der „Kriminalbeamte“ der jetzige Angeklagte Wiesner war. — Vor Gericht verschleierte der Angeklagte durch allerlei Ausflüchte noch seine Lage. Der Staatsanwalt hielt in Betracht, daß es sich um ein überaus verwerfliches und gemeingefährliches Treiben handele, durch welches die Schamlosigkeit sehr leicht in einen bösen Lauf gebracht werden könne, eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren als eine angemessene Sühne. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Außerdem wurde der Angeklagte sofort verhaftet.

Verfassungen.

Ueber das neue Reichsvereinsgesetz

Sprach der Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine am Dienstag vor einer zahlreich besuchten Volksversammlung im großen Saale der Hofbräuerei am Tempelhofer Berg. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Reichs- und Landtagsabgeordneten Ehrhart. — Ueber den an Ausflärung und Belehrung reichen Vortrag des Genossen Heine hat der „Vorwärts“ ja bereits früher berichtet. In der Diskussion machte Frau Hofmann darauf aufmerksam, daß nun, nachdem die Frauen endlich auch in Preußen das Recht, politischen Vereinen anzugehören, erhalten haben, alle Kraft für die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts eingesetzt werden muß. Es folgten dann einige Anfragen an den Referenten. Einige Genossen wünschten nähere Ausflärung, wie es nun mit dem Vereins- und Versammlungsrecht der Ausländer im Deutschen Reich bestellt ist. Genosse Heine erwiderte, daß auch die politischen Vereine unbedingt das Recht haben, Ausländer aufzunehmen, wie es auch den Ausländern keineswegs verboten ist, an politischen wie an anderen Versammlungen teilzunehmen, daß aber die Ausländer unter dem Vorwand, sich „militärisch“ gemacht zu haben, ausgewiesen werden können. Da die Verpflichtung zur Einreichung der Mitgliedslisten von Vereinen nicht mehr besteht, kann ja die Polizei nur auf Umwegen, durch Unvorsichtigkeit oder Verrat, von den Namen ausländischer Mitglieder Kenntnis erhalten. — Ferner teilte ein Genosse mit, daß ein aus Oesterreich gebürtiger Schuhmacher, der sich nach Auffassung der Polizei „militärisch“ gemacht haben sollte, einen Ausweisungsbefehl mit dem Nachsatz erhielt, daß er im Lande bleiben könnte, wenn er sich eine Stellung als Landarbeiter verschaffe. Der Referent erklärte hierzu, daß dies Verfahren der Polizei unter den § 339 des Strafgesetzbuches fällt und danach als eine widerrechtliche Nötigung, die unter Mißbrauch der Amtsgewalt erfolgte, mit Gefängnis zu bestrafen ist. Unter Hinweis auf diesen Paragraphen hat ja der Staatssekretär des Innern die Aufnahme einer ähnlichen Bestimmung in das Reichsvereinsgesetz für überflüssig erklärt. Aber gegen die Beamten, die geschickt sind durch das Anlagemonopol der Staatsanwaltschaft, wird bekanntlich nie vorgegangen, wenn sie noch so sehr gegen jene Strafbestimmung handeln und in dieser Weise ihr Amt mißbrauchen. Dazu kommt, daß den Ausländern kein Rechtsweg gegen die Ausweisungspraktiken der Polizei offen steht.

Der Vorsitzende, Genosse Schwemke, schloß die Versammlung mit der Aufforderung zu reger Agitation für den Wahlverein und den „Vorwärts“.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Ludwig Löwe u. Co. wurden in einer starkbesuchten Versammlung von Arbeitern dieser Firma besprochen, die am Dienstag im Moabitischen Gewerkschaftshaus tagte. Der Referent Dandke führte eine große Reihe von Einzelfällen an, welche die bei Ludwig Löwe u. Co. bestehenden Arbeitsverhältnisse illustrierten. Die allgemeinen Ausführungen des Referenten gingen dahin, daß zurzeit Lohnkürzungen, besonders Herabsetzungen der Akkordpreise an der Tagesordnung seien. Wer sich derartige Verschlechterungen nicht gefallen lasse, werde unter irgendeinem nichtsparenden Vorwand entlassen. Daß die Arbeitsverhältnisse bei Ludwig Löwe u. Co. im allgemeinen ungünstig seien, das beweise schon der überaus starke Wechsel im Arbeiterpersonal. Im Jahre 1905 waren 1326 Personen im Betriebe beschäftigt, bei der Krankenkasse wurden 2023 angemeldet und 1860 abgemeldet. Im Jahre 1906, wo der Betrieb 1894 Personen beschäftigte, wurden der Krankenkasse 2292 an- und 1995 abgemeldet. Wenn man die Arbeitsverhältnisse im Betriebe näher betrachtet, dann versteht man die Ursache dieser starken Fluktuation. In mancher Hinsicht spare ja die Firma nicht an Ausgaben. Eine Deputation von einigen hundert Werkmeistern aus dem Rheinland, die kürzlich den Löwischen Betrieb besuchte, wurde splendid bewirtet. Nicht weniger wie 1 1/2 Tassen Bier trank diese Deputation auf Kosten der Firma bei ihrem Besuch der Fabrik. Auf der anderen Seite herrsche ein übertriebenes Sparsystem, wenn es sich um die Entlohnung der Arbeiter handelt. Bestimmte Betriebsleiter zeichnen sich in dieser Hinsicht besonders aus. So habe der Betriebsleiter Duhn eine Arbeit, die bisher mit 8 Pf. bezahlt wurde, auf 3 Pf. herabgesetzt. In dieser Abteilung würden Wochenlöhne von 12—18 M. verdient. Diese Löhne seien aber dem Herrn Duhn noch zu hoch. Er habe gehöhrt, er werde in Zukunft nur noch jugendliche Arbeiter einstellen, um billiger produzieren zu können. — Im allgemeinen herrsche bei den Meistern und Betriebsleitern das Bestreben, die Löhne immer mehr herabzudrücken. In dieser Hinsicht suche es jeder dem anderen zuvorzutun. — Im Betriebe würden die Mitglieder der gelben Organisation in jeder Weise begünstigt, während den Mitgliedern der modernen Gewerkschaften alle möglichen Schwierigkeiten gemacht würden. In der Abteilung des Meisters Eckert seien kürzlich zwei Auszubühnmitglieder, welche für die Interessen der Allgemeinheit eingetreten waren, unter halbtägigen Vorwänden entlassen. In dieser Abteilung seien verlassenen Arbeitern die Akkordlöhne gekürzt worden. Ein Wüchling des Meisters dagegen erhielt auf einen Akkord von 400 M. eine Zulage von 150 M. — In der Schleiferei würden Wochenlöhne von 16—17 M. erzielt, ja es solle sogar vorgekommen sein, daß nur 9 M. und in einem Falle nur 4 M. wöchentlich verdient wurden. Es fehle auch in der Schleiferei an den notwendigen Schutzvorrichtungen. Auch in der Härterei, wo viel mit Blei gearbeitet werde, würden die gesetzlich vorgeschriebenen Schutzmittel gegen Bleierkrankung nicht angewandt. Nachdem der Referent noch manche Einzelfälle von Lohnkürzungen und dergleichen angeführt hatte, schloß er mit einer Aufforderung zum Anschluß aller Arbeiter an die moderne Gewerkschaft, damit die Interessen der Arbeiter in wirksamer Weise wahrgenommen werden können.

Zwei hervorragende Leiter der im Löwischen Betriebe bestehenden gelben Organisation nahmen in der Diskussion das Wort. Sie spielten sich als Anwälte der Firma auf und ver-

teidigten sowohl diese als auch die Treiberellen der Gelben. Diese Herren fanden natürlich in der Versammlung keinen Anklang, sondern lebhaften Widerspruch. Was die Vorführer der Gelben gegen die vom Referenten angeführten Tatsachen einzuwenden vor-suchten, wurde sowohl von anderen Rednern als auch vom Referenten selbst treffend widerlegt. Das Ausreten der Gelben war übrigens bestellte Arbeit. Die Firma hat ihnen den Auftrag dazu erteilt — und polizeilichen Schutz garantiert. Bei der Polizei ist ein Schreiben eingegangen, durch welches diese durch die Firma von der Absicht der Gelben, in der Versammlung gegen den Sprecher des Metallarbeiterverbandes auszutreten — wenn sie das unter polizeilicher Aufsicht tun könnten, in Kenntnis gesetzt wird um bin welchem die Firma die Polizei auffordert, die Versammlung unter polizeilicher Aufsicht zu stellen.

Ja, ja, wir leben im Staate der Harmonie zwischen Unternehmern, Polizei und gelben Verbänden.

Der Verband der Lagerhalter (Bezirk Berlin) hielt am Sonntag, den 12. Juli, im Gewerkschaftshaus seine ordentliche Generalversammlung ab. Lamme gab den Bericht der Ortsverwaltung. Er führte aus: Da auf dem Düsseldorf Genossenschaftstag ein allgemeiner Tarif für unseren Verband nicht zustande kam, stellte die hiesige Ortsverwaltung für den Bezirk Berlin besondere Anträge an die Verwaltungen. Wenn auch nur alle Wünsche der Kollegen dabei nicht berücksichtigt werden konnten und auch alle Forderungen, die gestellt waren, nicht zur Annahme gelangten, so soll man doch mit dem Erreichten zufrieden sein. Es wurde immerhin erreicht, daß das Anfangsgehalt auf 1800 M. festgesetzt und daß nach fünfjähriger Tätigkeit den Angestellten 14 Tage Ferien gewährt werden. Im allgemeinen kann aber große Differenzen dieses-mal nicht gelagt werden, da sich alle Vorkommnisse zur beider-seitigen Zufriedenheit regeln ließen. Es fanden im Berichtsjahre 10 Verwaltungen statt, die allweils hätten besser besetzt sein können, aber auch dies müßte von der neuen Ortsverwaltung versucht werden, anders zu gestalten, damit es allen Kollegen möglich sei, Wochentags in unseren Nachmittagsversammlungen zu erscheinen. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Lamme, Ver-trauensmann, Eschbach, Kassierer, Franke, Schriftführer, Barthel, Krenzl in und Köschel Revisoren. Es wurde noch unter Verhandlungsgegenständen die Abrechnung vom zweiten Quartal gegeben und dem Kassierer Decharge erteilt. Ferner wurde beschlossen, Fragebogen herauszugeben, um festzustellen, ob auch alle Kollegen politisch organisiert seien.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Zaitter und Berufs-genossen Deutschlands „Gefnung“ (S. 5. 64), Verwaltung Berlin. Sonnabend, den 25. Juli, bei Weihnacht, Grünstr. 21, Quartalsversammlung.

Eingegangene Druckchriften.

- Goldbeck, Ed.: Die Vazillenlische. Verlag Marquardt u. Co., Berlin W. 50, Großdruck 2,50 M., gebunden 3,00 M.
- Som Urtier zum Menschen. Vierter Teil 5—7. Herausgegeben von R. Guenther. Vierter Teil 1 M. Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart.
- Strandbesonders Spezialkarte der Umgegend von Eberwalde, Frentwalde, Oberberg. 1,25 M. Zul. Straube, Berlin SW.
- 2. Jahresbericht des Parteisekretariats Jena. 1907—1908. 16 Seiten. Leipzig Buchdruckerei M. G. in Leipzig.
- Im Deutschen Reich. Nr. 7/8. Zeitschrift des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. 60 Pf. Verlag für Handel und Industrie, Berlin.
- Die Musik. Wapke. Heft 10. Preis 50 Pf. B. Behag u. Co., Leipzig.
- Theodore Roosevelt von D. von Gottberg. Groß. 1,50 geb. 2,30 M.
- „Schülerelbstmorde“ von Prof. L. Guntt. 50 Pf. — „Seine-Riesche-Aben.“ Essays v. L. Berg. Geb. 1,50 geb. 2,30 M. — Bremer Flug-schriften aus dem Geistesland der Gegenwart. Herausg. von Fr. Ciesold und Fr. Pflugs. Heft 1. Kirchlicher Liberalismus und Sozialismus von E. Feiden. Geb. 60 Pf. — „Das Erbe“, Sammlung deutscher Schriften. Herausg. E. Lissauer. I. Band: Märkische Gedichte. Concordia Deutsche Verlagsanstalt, S. Eshod, Berlin W. 30. Groß. 60 Pf. geb. 1 M.
- Die Weiterbildung des Tarifvertrages im Deutschen Reich. Beiträge zur Arbeiterethik Nr. 8. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterethik. 411 Seiten. Verlag Carl Heymann, Berlin.
- Kreuz und Luer durch den Hausdast. Naturkundliche Streifzüge für Lehrer, Hausfrauen und die restliche Jugend. Von Dr. Paul Wildfeuer. Geb. 2,50 M. V. G. Teubner, Leipzig.
- Die Werbung in der deutschen Geld- und Bankfrage. Von Paul Keller. 2,80 M. Carl Heymann, Köln.
- Der Nachsch. Band 7 der Kulturbilder aus dem Euphorismus. — Wunderbare Reise von Selma Lagerlöf. 2 Bde. — Die silberne Tänzerin. Roman von O. Gylac. Geb. 3,50 M. K. Langen, München.

<p>Deutscher Holzarbeiter-Verband</p> <p>Todes-Anzeigen.</p> <p>Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Leopold Pflügel am 20. Juli verstorben ist.</p> <p>Ehre seinem Andenken!</p> <p>Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 23. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pius-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.</p>	<p>Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau Emma Flassak geb. Gerlck im 47. Lebensjahre von Schwerem Leiden erlöst wurde.</p> <p>Der trauernde Gatte J. Flassak.</p> <p>Die Beerdigung findet Freitag, den 24. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt. 6605</p>
<p>Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Fritz Dähne am 19. Juli verstorben ist.</p> <p>Ehre seinem Andenken!</p> <p>Die Beerdigung findet heute Donnerstag nachmittags in Friedersdorf in der Nacht statt.</p> <p>Nachruf.</p> <p>Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavier-arbeiter Karl Ruhm am 17. Juli verstorben ist.</p> <p>Ehre seinem Andenken!</p> <p>67/9 Die Ortsverwaltung.</p>	<p>Am 20. Juli 1908, vormittags 6 Uhr, verstarb nach langem Leiden unsere unergiebige Mutter Witwe Karoline Vogt geb. Damm.</p> <p>Im Rahmen der Hinterbliebenen Georg Vogt, Brigerstr. 40.</p> <p>Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 6605</p>
<p>Es empfiehlt sich bei eintretendem Trauerfall möglichst sofort Westmanns Trauermagazin</p> <p>Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a, an den Kolonnaden, 2. Haus von der Zeughausstraße, und NO., Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus von der Andreasstraße, zweites Auswahld. passendes Trauergarderobe auszuwählen.</p> <p>Um dem Publikum einen besonderen Vorteil zu bieten, gewähre ich auf diese Anzeige hin bei Kauf 10 % Rabatt in bar!</p>	<p>Allen Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß Dienstag abends 1/3 Uhr unsere liebe kleine Erna im Alter von 5 Jahren nach schwerem Leiden verschieden ist. Beerdigung, den 22. Juli.</p> <p>Wihl, Strieder und Frau.</p> <p>Die Beerdigung findet am Freitag 6 Uhr von der Leichenhalle aus statt.</p> <p>Danksgiving.</p> <p>Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Kindes und unseres guten Vaters Oswald Dietrich sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere der Bader-gemeinschaft unserer herzlichen Dank. 87325</p> <p>Marie Dietrich nebst Kindern.</p>

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 23. Juli.
Neues Igl. Operntheater. Langhänfer.
(Anfang 7 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Die Dreißigsten.
Kammerstücke. Geschlossen.
Neues. Der Herrische.
Neues Schauspielhaus. Die
Dollarsprinzessin.
Kleines. 2x2=5.
Vollspielhaus. Die blaue Maus.
Wesien. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Oberon.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schau-
spielhaus. Die Diebin.
Thalia. Der Mann mit dem Mo-
nocle.
Bernhard Rose. Das Geheimnis
von New York.
Wierowol. Das muß man seh'n.
Wintergarten. Spezialitäten.
Nipolo. London Suburbia. Spe-
zialitäten.
Passage. Berlin in Stimmung.
Spezialitäten.
Berliner Prater. Die Welt ein
Paradies. Anfang 7 Uhr.
Carl Hoyerland. Spezialitäten.
Reichshallen. Winter-Lyrmian.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Landwehrstr. 48/49.
Abends 8 Uhr: Durch Dänemark
und Südschweden.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.) Werowol-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Oberon, König der Elfen.
Romantische Oper in 4 Akten von
Carl Maria v. Weber.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bütel:
Die weiße Dame.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Undine.

Kleines Theater.
Donnerstag, den 23. Juli cr.,
Anfang 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oscar Strauß.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.** 8 Uhr.
Sommerpielzeit. Leitung v. G. W. W.
Donnerstag, den 23. Juli:
Die Diebin. (Leah Kleschna.)
Sensationsdrama in 4 Akten von
C. M. S. Re. Kellon.
Freitag: Die Diebin.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

BERNHARD ROSE THEATER
Str. Anhalterer Str. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne:
Anfang 4 1/2 Uhr.
Theatervorstellung. Spezialitäten.

Metropol-Theater
Zum 306. Male:
Das muß man seh'n.
Bühne in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Apollo
Theater**
Ein Bomben-Lacherfolg.
10 Uhr 10 Uhr
London Suburbia.
Szenen aus Londons Vorstadtlieben.
Große englische Burlesk-Pantomime
in 2 Akten, ausgeführt von
Bert Bernards Original-Kompagnie.
Vorher 8 Uhr: Die kolossalen
Attraktionen u. Die süßen Grisetten.

Passage-Theater.
Der größte
Saisonserfolg
Gastspiel Willi Agoston in der
tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollsten
und die
neuen Juli-Spezialitäten

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Durch Dänemark und
Südschweden.
**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
**Der Riese
aller Riesen
Pisjakoff**
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Freie Volksbühne
Die alten Mitgliedskarten müssen
behufs Erneuerung zum Umtausch in
den Zahlstellen abgegeben werden.
Desgleichen sind im Monat Juli
alle Umschreibungen in andere Zahl-
stellen zu bewirken. 241/0*

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Das neue und beste Programm Berlins
Ab 23. Juli: Die größte u. beste 10 Riesen-Löwen u. 8 Riesen-Bären.
Raubtiergrps. d. Gognw. Gbr. Bügler
Anfang 8 Uhr. Entree Wochentags 20, Sonntags 30 Pf.
Täglich: Volksbelustigungen aller Art.

Arnold Scholz. **Neue Welt.** Hasen-
beide 108-114.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag!
**Großes Doppelkonzert.
Spezialitäten-Vorstellung.**
Heute:
Mr. Gadbin II.
tollkühner Kopfsprung aus der 6. Etage.
Monster-Feuerwerk
des Pyrotechnikers Adolf Bock.
Tanz-Reunion.
Anfang des Konzerts 5 Uhr. Entree 50 Pf.

Herrn-Stoff-Reste Wer — Stoff — hat
zu Herrenanzügen Sportbilla, feinste
Fabrikate, Kammergarn, Gobelots,
neueste Muster von 4 M. an per
Meter, reine Wolle. 145/6
Ludwig Engel, Prenzlauer-
straße 23, II. (Alexanderplatz.)
Spezialität: Anzug kombi. nach Maß
Ein Versuch führt zur
dauernden Kundenschaft!

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16
Benefiz für die Hauskapelle:
Die Grille.
Vorher das große Spezialitäten-
Programm!
Anf. 6 Uhr. Stoffstücke 3-6 Uhr.
Während u. nach der Vorstellung:
Benefiz-Ball.
Sonnab.: Extra-Vorst.: Das Forsthaus.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
**Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.**

Sozialistische Neudrucke.
Unter diesem Rubrum er-
scheinen auf vielfache An-
fragen hin eine Reihe vor-
gegriffener Schriften in neuer
Auflage, deren historischer
wie literarischer Wert wohl
auch heute noch das ver-
diente Interesse in der
klassenbewußten Arbeiter-
schaft finden dürfte.
Als 1. Band ist erschienen:
Der deutsche Bauernkrieg
von Friedrich Engels.
Mit Einleitung und An-
merkungen herausgegeben
von Fr. Mehring.
Der Preis beträgt 1,50 M.,
in gutem Einband 2,— M.
Expedition des „Vorwärts“,
216/7* Berlin SW.,
Lindenstr. 69, Laden.

Günstige Reise nach der neuen
Welt wünschen ihrem alten
Freunde und Genossen 87352
Karl Schönburg
Die Funktionäre des 12. Bezirks
vom Wahlverein Rixdorf.

**Steppdecken
Extrapreise!**
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158
Bunt Cretonne Ersatz für 300
Deckbett 3
Similtseide in den 525 750
Farben
Wollatlas rot, blau, 675 850
oliv
Bunte Normal- 150 250 350
Schlafdecken
Wolldecken ganz 300 400
dick
Räumungs-Extralist
enorm billiger Angebote
gratis und franko.

Wilhelm Hagenbeck's
größte Raubtier-Dressur-Schau
der Erde
kommt nach Berlin
Königstraße - Ecke Neue Friedrichstraße.
**Große
Gala-Premiere**
Donnerstag **6.** August 1908
abends 8 Uhr.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Volgt.
Täglich:
Der deutsche Michel.
Erstklassige Spezialitäten.
The 5 Violettes Trio Sussan
Kurt Elyas The 4 Berlings
Rudolf Hälzer
der urkomische Grotosk-Komiker.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

**Reichshallen-
Theater.**
Gastspiel
**Winter-
Tymian**
mit seiner berühmten Herren-
Gesellschaft.
Anfang wochent. 8, Sonnt. 7 Uhr.
Sonnabend, den 1. Aug.:
Wiederbeginn der Soreen
der Stettiner Sänger.

**Schweizer
Garten.**
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung,
Spezialitäten und Ball.
Neu: Piccards komische Pantomime:
Die Einbrecher von New York.
Jeden Abend 10 Uhr:
Das Lieserl.
Eintritt in 1 M.
Volksbelustigungen. Kinematograph.
Mittwoch: Kinderfreudenfest.

Max Kliems
Sommer-Theater.
— Hasenheide 13-15. —
Kritische Leitung: Bernhard Lange
Täglich: Großes Konzert, Theater-
und Spezialitäten-Vorstellung.
Heute, Donnerstag: Elite-Tag.
Mittwoch: Kinderfest.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Täglich:
Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Riesen-
Programm.

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Bei schlechtem Wetter in Theater.
Neues Programm.
Anf. der Vorst. 8 Uhr. Anf. des
Gartenfests 7 Uhr. Kleine Preise.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Die Welt ein Paradies
große Ausstattung-Revue
und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.
Im Saale: Täglich gr. Ball.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Berliner Herzen.
Volksstück in 2 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Sanssouci, Kottbuser
Str. 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Donnerstag:
Erstklassige Nummern.
**Große Elite-Soiree,
Tanzkränzchen**
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 1/2.
Der große Theatersaal
für nächste Saison noch zu vergeben.

Partei-Angelegenheiten.

Karlshorst. Am Sonnabend, den 25. Juli, findet im Restaurant „Zum Fürstenbad“...

Reinickendorf-West. Am Donnerstag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Franke, Eichbornstr. 18, eine Mitgliederversammlung statt.

Rudow. Am Sonntag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im Lokal von August Palm.

Berliner Nachrichten.

Kriegervereiner und Spiegelfechter.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie oder richtiger wohl die Angst davor, daß die Wahrheit auf dem besten Wege zum Siege ist...

Ob man will oder nicht — man muß sich die Selten halten, mit welchen Kleinlichen Mittelndiese ausgerangierten Kriegshelden a la Don Quixote die „rote Gefahr“ zu bekämpfen wähen.

Nach diesen köstlichen Proben von antisozialistischer Intelligenz, die wir den kriegerisch angehauchten Gesinnungsschnüffelern aus Schöppenstedt und Umgegend durchaus zutrauen...

Erziehung vergaß und ins feindliche Lager übergegangen war — von den Klauen zu den Kloten. Leider haben wir noch nicht das Frauenstimmrecht...

Eine Ueberführung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin über einen Bahnhöper ist in der Nähe von Eberswalde notwendig. Etwa zwei Kilometer hinter der genannten Station muß der Berlin-Stettiner Kanal über die Stettiner Bahn geleitet werden...

Der Tod des Kaufmanns Julius Engel in der Genthiner Straße ist durch Selbstmord herbeigeführt worden, es liegt also kein Mord vor. Die Leiche wurde Dienstag nachmittags 2 Uhr im Schauhaus von den Gerichtsärzten Medizinalrat Dr. Hoffmann...

Eine Mitteilung des Polizeipräsidenten besagt, daß die Ermittlungen vorläufig noch nicht als beendet angesehen werden können. Die Obduktion der Leiche hat zweifellos ergeben, daß der Tod durch Strangulation mittels der Hakenkette eingetreten ist...

Schon wieder wird ein großes Fischsterben in der Havel gemeldet, das nach den Gewittern am Sonntag und Montag eingetreten ist. Am Dienstag bedeckten Tausende von Fischen den Fluß in der Gegend von Lehnitz...

Aus dem Hundesthensee gelandet wurde vorgestern die Leiche eines unbekanntem etwa 40 Jahre alten Mannes. Wahrscheinlich handelt es sich hier um einen Selbstmörder. Die Leiche war mit einem dunkelgrauen Jacketanzug und hellem Sommerpaleto bedeckt.

Arbeitsnachweis des Verbandes der Baugeschäfte Berlins und der Vororte. Unter diesem Titel wird bekanntlich von den vereinigten Großfirmen im Berliner Baugewerbe ein „fogenannter“ Nachweis unterhalten...

Der zum Aufenthalt der Arbeiter dienende Raum sieht einem Stalle sehr ähnlich, ist halbdunkel, zu ebener Erde im Hofe gelegen; Siggelgelegenheit ist für nur ein Duzend Personen vorhanden...

Sauberkeit fanden wir hier sowohl wie in den über den Hof hinweg in einem Durchgang nach Nr. 2 zu liegenden Pisslois und offenen Klosetts keine Spur; mit dem Reißbisen wird hier ausgekehrt, und die Wasserpfähle ist derart, daß einem beim Bloßen Vorbeigehen an den Klosetts schon übel werden kann.

Im Aufenthaltsraum für die Wartenden befindet sich ebenfalls ein Klosett, das jetzt aber verschlossen gehalten wird. Der Atem bergung und schier, als wir diese Räume besuchten, und hier mutet man Menschen zu, dichtgedrängt stundenlang auszuharren.

Dem Baugeschäftsführer bleibt es überlassen, die erforderlichen Arbeitskräfte nach eigenem Ermessen auszuwählen. Von einem älteren Bauarbeiter wurde uns auch mitgeteilt, daß beispielsweise in einem bestimmten Falle eine ganze Anzahl Italiener trotz höherer Kontrollnummern beim Nachweis bevorzugt wurden.

Mit der Totschlagaffäre Dreher-Jordan hat sich nun auch das Zivilgericht beschäftigt. Während die Staatsanwaltschaft ein strafrechtliches Einschreiten gegen den Fabrikanten Jordan wegen Tötung des Buchdruckerarbeiters Dreher abgelehnt hat...

Gefährdungsfall in der alten Garnisonkirche. Ein schwerer Bauunfall, bei dem acht Arbeiter verletzt wurden, ereignete sich gestern mittag in der alten Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße. Die Baufirma Stod hatte dort im Treppenhause, Portal IV, von der Gerüstfirma Altman ein 16 Meter hohes Holzgerüst errichten lassen.

Ermäßigte Eintrittskarten zur Sezession, 25 Pf. statt 1 M., stehen den Gewerkschaftsmitgliedern nach wie vor im Bureau der Gewerkschaftskommission, im Bureau der Herberge des Gewerkschaftshauses und im Zigarrengeschäft von Dorisch zur Verfügung.

Die Flucht vom Bettel. Wir berichteten kürzlich, daß Miß Vierpont Morgan, die Tochter des amerikanischen Milliardärs nach Berlin gekommen sei zum Zwecke sozialpolitischer Studien. Jetzt wird mitgeteilt, daß die Dame ihren hiesigen Aufenthalt bereits am zweiten Tage abgebrochen hat.

Beim Baden ertrunken ist am Montag nachmittags der 14jährige Sohn Hans des Tischlers Hermann Schmidt, wohnhaft Wirtsdorfstraße 60, in der Nähe von Zabberts Waldschlösschen; vor den Augen seiner Spielkameraden und seines Väterlichen Bruders ging er plötzlich unter.

Das Gebrüder Herrfeld-Theater eröffnet nach dreimonatiger Pause und nach einem längeren Gastspiel im Apollo-Theater zu Düsseldorf seine XVII. Berliner Spielaison am Sonnabend, den 1. August d. J.

Das Mitgliedsbuch des Metallarbeiterverbandes Nr. 767 986, auf den Namen Goffed, Brih, Rudower Straße 78 lautend, das außerdem noch eine Legitimationskarte als Vertrauensmann des

Verbandes und Beitragsmarken enthielt, ist verloren gegangen. Der Verlierer bittet den etwaigen Finder um Abgabe an obige Adresse.

Mordversuch und Selbstmord. Ein blutiges Liebesdrama lief gestern Abend in der neunten Stunde am Hönigsbergplatz ungeheures Aufsehen hervor. In dem Hause Grubenow Straße 14 versuchte der 30jährige Friseur Karl Meier aus der Chausseest. 33 seine Braut, die 19jährige Frieda Pradech, durch einen Revolvererschuss zu töten. Er brachte dem Mädchen nur einen leichten Streifschuss bei und jagte sich dann selbst eine Kugel durch den Kopf. Der Tod trat bei ihm auf der Stelle ein. Das Motiv zu der Tragödie ist in verschämter Liebe zu suchen.

Wer ist der Tote? Am 19. d. M. wurde in dem Hausflur des Hauses Waldemarstr. 18 eine zirka sechzig Jahre alte, unbekanntes Frauenperson, die später auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstorben ist, betäubtlos aufgefunden. Die Frau war bekleidet mit schwarzem Kleid und Hut, schwarzen Strümpfen und schwarzen Gummigastiefeln. In ihrem Besitz wurde ein graulernes Portemonnaie mit 3.02 M. und ein weißes Taschentuch O. O. gezeichnet vorgefunden. Personen, die Angaben über die Persönlichkeit der fraglichen Person machen können, wollen sich in den Polizeibüroen oder im Königl. Polizeipräsidium, Zimmer 322, zu 4087. IV. 59. 08. melden.

Feuerwehrbericht. Gestern früh kam in der Blumenstr. 17 in einer Kachelofen Feuer aus, das an Spätes reiche Nahrung fand. Gleichzeitig wurde in der Dresdenstr. 48 ein Wohnungsbrand gelöscht. Betten u. a. brannten dort. Nach der Lübecker Straße 43 wurde ein Sauerstoffapparat entzündet, um eine Frau Haberland vom Ersticken zu retten, was dann auch gelang. Weitere Feuermeldungen liefen aus der Dallborfer Str. 19, Palisadenstraße 57 und anderen Stellen ein.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute Abend 8 Uhr Übungsstunde in folgenden Abteilungen: 3. Abteilung in Schöneberg bei Bielech, Brunenwaldstraße 110; 4. Abteilung in Lichtenberg bei Wedmann, Samariterstr. 11; 5. Abteilung in Nigdorf bei Thiel, Bergstraße 151/152. Vortrag über Vergiftungen. Nach demselben praktische Übungen. — Neue Mitglieder können jederzeit eintreten.

Vorort-Nachrichten.

Röpenitz.

Vom Verzeßtreif bei der hiesigen gemeinsamen Ortskrankenkasse bringen bürgerliche Blätter Berichte, die ihrem Inhalt nach aus einer Fälschung zu stammen scheinen. Schuld an dem ganzen Konflikt soll nach dieser Darstellung selbstverständlich der Vorstand der Kasse sein. Wertwürdig ist, daß in dem Bericht die Höhe der geforderten Sätze seitens der Ärzte nicht angegeben ist; man spricht dort nur von einer „kleinen“ Erhöhung. Die Angelegenheit selbst hat sich in Wirklichkeit wie folgt abgepielt: Der Verzeß der Ortskrankenkasse erstreckt sich nicht nur auf Köpenitz, Adlershof, Grünau, sondern es gehören auch die ländlichen Dörfer bis Schulzen-dorf, des weiteren noch der anderen Seite hin bis Treptow zum Kassenbezirk. Bereits im Sommer vorigen Jahres nahm der Köpenitzer Magistrat und auch die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag auf Errichtung einer eigenen Ortskrankenkasse an. Nach diesem Plan sollte Köpenitz und Müggelheim aus der bisherigen Kasse auscheiden. Als Trennungstermin wurde im vergangenen Jahre allgemein der 1. Januar 1908 angenommen. Die notwendigen Formalitäten brachten es aber mit sich, daß der Trennungstermin weiter hinausgeschoben werden mußte. Der Vertrag mit den Ärzten lief bereits am 1. Januar 1908 ab. Eine Erneuerung des Vertrages oder Neuabschluss war nach Lage der örtlichen Verhältnisse nicht gut möglich. Vorstand und Verzeß einigten sich damals dahin, den alten Vertrag so lange bestehen zu lassen, bis die Trennung erfolgt — spätestens aber bis 1. Juli 1900. Mittlerweile war auch der weiter in Aussicht genommene Termin, der 6. April, verstrichen. Die Verhandlungen waren aber so weit gediehen, daß man jeden Tag damit rechnen mußte, daß eine Trennung der Kasse erfolgen würde. Von diesem Gesichtspunkt aus war auch der Vorstand der Kasse der Meinung, daß die Verzeß dieses einsehen und den Vertrag noch die wenigen Wochen gelten lassen würden. Aber am 24. Juni unterbreitete die Vertragskommission des Verzeßvereins von Köpenitz und Umgebung ihre Forderungen dem Vorsitzenden der Kasse mündlich und am 27. Juni erfolgte auch die schriftliche Niederlegung des Geforderten an den Vorstand. Die Sache ist nun nicht so klein, als man es hinstellt. Als Sachhonorar war bisher 350 M. pro Kopf gezahlt worden, gefordert wurde 450 M., eine Erhöhung von 30 Proz., Nachbesuche von 3 auf 5 M., Einbindungen von 10 auf 15 M., Kilometergeld 1,25 M. bis 1 M. Außerdem forderten die Verzeß „freie Arztwahl“. In der Hauptsache handelt es sich um eine Entschädigung für die vielfach nötigen langen Wege, die sich bis zu dreißig und vierzig Kilometer ausdehnen“ usw. Man unterläßt aber dabei anzugeben, daß diese Arbeit auch nach dem alten Vertrage entschädigt worden ist, denn hier kamen die Kilometergelder in Höhe von 1 M. in Frage. Der Vorstand der Kasse war nun nicht in der Lage, die geforderten Forderungen so ohne weiteres zu akzeptieren. Es kam hinzu, daß die Regelung der Verzeßfrage eine andere werden mußte, da in den Generalversammlungen der Kasse seit von Seiten der in Berlin und Treptow wohnenden Verzeßer Klage geführt wurde, daß in diesen Orten wenig Kassenärzte vorhanden seien. Auch das sogenannte Ueberweisungssystem war nicht mehr haltbar. Der Vorstand setzte sich deshalb mit dem Berliner Verzeßverein in Verbindung, der auch die Verbindung der in Berlin wohnenden Kassenmitglieder übernehmen würde. Als Honorar kam hier der Satz von 4 M. pro Kopf in Frage, dann steigend um je 10 Pf. pro Jahr bis 4,50 M. im Jahre 1912. Der Vorstand der Kasse war nun gewillt, auch mit dem Köpenitzer Verzeßverein abzuschließen und zwar unter denselben Bedingungen als mit dem Berliner. Betreffs der Kilometergelder und anderen Vergünstigungen war der Vorstand nicht abgeneigt, diese für den Köpenitzer Verein ebenfalls besonders zu regeln. Dem Antrag der Verzeßer auf freie Arztwahl wurde entgegengekommen, indem der Vorstand beschloß, daß sämtliche in Köpenitz und näherer Umgebung wohnenden Verzeßer die Kassenpraxis ausüben können. Der Verzeßverein Köpenitz lehnte aber das Eingehen auf den Berliner Vertrag ab und verlangte strikte Anerkennung seiner Forderungen. „Wenn bis zum 15. Juli, mittags 12 Uhr, diese nicht anerkannt sein sollten, würden sie ihre Tätigkeit als Kassenärzte einstellen und dann nur gegen Barzahlung behandeln!“ so lautete die Antwort. Am 16. Juli, nach Ausbruch des Streiks, lehnten die Herren Verzeßer aber überhaupt die Behandlung der Kassenmitglieder ab, auch wenn diese erklärten, daß sie als Privatleute kommen. Den Bemühungen des Vorstandes gelang es, doch in geeigneter Weise für ärztliche Hilfe trotz des Streikes zu sorgen. Mittlerweile sind nun Einigungsversuche gemacht worden, die auch unter Leitung des Bürgermeisters Dr. Langerhans-Köpenitz zu einem Waffenstillstand geführt haben. Von Seiten der Aufsichtsbehörde ist weiter endgültig jezt der 10. August dieses Jahres als Trennungstermin bestimmt worden, so daß nach diesem Termin dann beide Kassen die Verzeßfrage gelöst haben. Den Honorarjah haben die Verzeßer, wie der Vorsitzende in der außerordentlichen Generalversammlung am Dienstag erklärte, in der Forderung heruntergesetzt, so daß auch diese Differenz zwischen diesem Antrage und dem Satz des Berliner Verzeßvereins beseitigt werden wird. Die Generalversammlung nahm im übrigen den Vertrag mit dem Berliner Verzeßverein einstimmig an.

Wilmersdorf.

Erklärung zur Berichtigung des Arbeiter-Radfahrvereins „Vorwärts“. In der gemeinsamen Sitzung der Vorstände des hiesigen Radfahrvereins sowie des Radfahrvereins „Vorwärts“ wurde festgestellt, daß die Verächtung in Nr. 162 des „Vorwärts“ Ausstellungen enthält, die den durch Aussprache gemachten Feststellungen nicht entsprechen.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Der Vorstand des Radfahrvereins „Vorwärts“ nimmt diese ihm fälsch unterbreiteten Behauptungen hiermit zurück und erklärt, daß der Bericht der Generalversammlung in Nummer 161 des „Vorwärts“ der Objektivität voll und ganz entspricht, indem zur festgesetzten Zeit keine Radfahrer vorhanden waren. Der Vorstand des Arbeiter-Radfahrvereins „Vorwärts“ betont jedoch, daß sich eine Anzahl Genossen zur Arbeit stellten, die aber infolge ihres Arbeitsverhältnisses erst später ihren Dienst verrichten konnten.

In Anbetracht des dringend notwendigen Zusammenstufes aller Kräfte zur Bekämpfung der Gegner beschließen beide Vorstände, in den nächsten Mitgliederversammlungen zu empfehlen, mit dieser Nichtigstellung die Angelegenheit als erledigt zu betrachten und den Genossen ans Herz zu legen, durch eifrige Pflichterfüllung für die Erringung des Sieges bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl zu arbeiten.

Ober-Schönebrunn.

Doppelselbstmord. In der Nähe der Karlshorster Kienbahn wurden am Dienstag nachmittag der Arbeiter Seifert und die Witwe Schab von hier mit einer Schußwunde im Kopfe aufgefunden. Sie wurden beide noch lebend in das Kummelsburger Krankenhaus eingeliefert. Lieber das Motiv zur Tat fehlt bisher noch jeder Anhalt.

Weißensee.

Bei einer schweren Spiritusexplosion in dem Hause Königshausen 24 sind zwei Personen schwer verletzt worden. Die Ehefrau des Verzeßvereinsinspektors Stolzenbach hatte in der Küche auf einem Spirituslocher das Abendessen zubereiten wollen. Da der Kocher abgebrannt war, so wollte Frau St. frischen Spiritus aufgießen. Sie tat dies in dem Glauben, daß das Feuer vollständig ausgelöscht sei. Es brannte jedoch noch ein kleines Flämmchen und kaum hatte Frau St. mit dem Aufgießen des Brennmaterials begonnen, so erfolgte eine heftige Explosion. Durch eine mächtige Stichflamme wurde die Frau erfasst und im nächsten Augenblick stand sie in Flammen. Lichterlos brennend, eilte die Bedauernswerte nach dem Nebenzimmer, wo der Ehemann saß. Er erstickte die Flammen sofort durch Ueberwerfen von Tüchern. Inzwischen hatte Frau St. aber am ganzen Oberkörper, im Gesicht und an den Händen schreckliche Brandwunden erlitten. Auch der Ehemann wurde bei dem Rettungsvorgang durch schwere Brandwunden übel zugerichtet. Das in der Küche zum Ausbruch gekommene Feuer konnte bald wieder gelöscht werden.

Schenkendorf-Krummsee.

Eine brave Tat. Dem mutigen Verhalten zweier Löffel-Lehrlinge der Gebr. Kammermann verdankt die fünfzehnjährige Erna Krosch ihre Rettung vom Tode des Ertrinkens. Das junge Mädchen geriet beim Baden im See in einen Strudel und schwabte in größter Gefahr. Dem sechzehnjährigen Richard Kammermann gelang es wohl, die Untergehende zu erfassen, diese klammerte sich aber in ihrer Todesangst so fest an ihren Retter, daß es der ganzen Energie des zweiten Helfers in der Not bedurfte, die Gefährdeten in Sicherheit zu bringen.

Bernau.

Kinderspiele veranstaltet der hiesige Arbeiter-Turnverein an den drei Sonntagen: am 26. Juli, 9. August und am 23. August auf seinem Turnplatz (Schägenhaud). Jedes Kind ist willkommen; auch die Eltern sind hierzu eingeladen.

Königs-Wusterhausen.

Das Ende des Eisenbahners. Gestern nacht gegen 1 Uhr wurde der 32-Jahre alte Eisenbahnschaffner Robert Wüthner aus Ströbzig bei Kottbus auf Bahnhof Königs-Wusterhausen vom Personenzug 709 erfasst, gegen ein Parkhaus geschleudert und auf der Stelle getötet. Wüthner begleitete den Güterzug 7102 Kottbus-Berlin als Zugführer und hatte den Zug auf Station Königs-Wusterhausen verlassen, um die Einfahrt des Personenzuges abzuwarten.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Versammlung der weiblichen Hausangestellten fand am Dienstag in den Prachtställen des Wesens statt. Der Vorsitzende vom Verband der Gastwirtsgehilfen, Hugo Boesch, referierte über das Thema: „Die Ausbeutung der Hausangestellten durch die Gesindevermieter und die Befreiung derselben.“ Nach einem kurzen historischen Rückblick über die Vermittlung der Ware Arbeitskraft besprach der Redner die Schäden der gegenwärtigen Form der Gesindevermittlung durch private Unternehmer. Die Mädchen, die sich bei Herrschaften vermieten, haben sich gewöhnlich allen Bedingungen zu fügen, die einerseits von den Herrschaften, andererseits von den Vermittlern diktiert werden. Je unerfahrener ein Mädchen ist, desto mehr wird es ausgebeutet, muß oftmals mit geringem Lohn, schlechter Kost und mangelhafter Schlafstelle zufrieden sein. Obgleich man immer von der großen Dienstbotennot redet, sind die Verhältnisse doch sehr schlecht, weil die Mädchen bei der Arbeitsvermittlung durch die gewerkschaftlichen Vermieter oder Vermieterrinnen überhaupt nicht dazu kommen, bestimmte Forderungen geltend zu machen und selbst Bedingungen zu stellen, durch die ihre ganze Lage verbessert würde. Das ist nur dann möglich, wenn sie in einem Verein zusammenstehen und sich über die Bedingungen einigen, unter welchen sie einen Dienst annehmen. Ferner müssen sie Front machen gegen die gewerkschaftlichen Vermittler, indem sie den städtischen Arbeitsnachweis für Dienstboten benutzen. Man darf nicht glauben, daß den gewinnfüchtigen Vermittlern das Handwerk durch gesetzliche Maßregeln gelegt werden könnte. Es bestehen so viel Polizeiverordnungen gegen die Gesindevermieter, daß man glauben möchte, diese könnten niemandem schaden, aber die Vermieter wissen auf tausend Umwegen zu ihren Zielen zu gelangen und machen glänzende Geschäfte. Wirksame Hilfe gemäht nur eine starke Interessensorganisation.

Die Versammlung war gut besucht; an einigen Tischen saßen auch Gesindevermieter und Vermieterrinnen, die eifrig die Köpfe zusammenstreckten, aber in der Diskussion nicht den Versuch wagten, die erhobenen Anklagen zu rechtfertigen resp. zu widerlegen. Verschiedene Mädchen erzählten, wie sie der Vermieterin für schlechte Stellen 6, 8 und 10 M. zu bezahlen hatten. Ein Diener berichtete, daß er 22 M. für die Vermittlung einer Stellung bezahlen mußte. Die Herrschaft hatte der Vermieterin ebenfalls 22 M. bezahlt, so daß diese für eine Vermittlung 44 M. einstrich. — Eine Firma nahm die Dienste einer Kartenlegerin in Anspruch, um Mädchen anzuloden. Fraulein Claudner, die Vorsteherin des städtischen Arbeitsnachweises für Dienstboten in der Linkstraße 11, war anwesend und ermahnte die Mädchen, diesen unentgeltlichen Ratweiss zu benutzen. Dort ist man bereit, auf ihre Wünsche einzugehen und ihnen guten Rat zu erteilen, den gerade die jungen Mädchen von auswärts, die nach Berlin kommen, dringend brauchen.

Die Versammlung brachte dem Verein für die Interessen der Hausangestellten einen Zuwachs von 25 neuen Mitgliedern.

Mißachtung der Persönlichkeits.

Beschuldigung und Unterwürfigkeit sind die Hauptmerkmale einer „Perle“. Die Gnädige mag von früh bis spät nörgeln, quängeln, leifen, der Hausherr mag um jeder Springfähigkeit willen in Siedehitze geraten, lospoltern und seine Rosenamen dem Gebiet der Zoologie entleeren, die teuern Sprößlinge mögen mit dem „Hausgeist“ ihre albernem Späße treiben, das Dienstmädchen hat zu schweigen. Sie soll keine Miene verziehen, alles einstecken, wenn sie nicht in ihrem Dienstbuche lesen will, daß sie eine ganz freie, rentente und unbormähliche Person sei und kein Autoritätsgefäß besitze. Es kommt noch oft genug vor, daß ein älteres Dienstmädchen zu einem jungen Mädchen „gnädige Frau“ sagen muß, selbst aber von diesem geduzt wird. In der letzten Nummer eines Familienblattes gibt eine Dame einem Dienstmädchen, das sich über dieses „Du“ in einem „Eingekandt“ beschwert hatte, eine derbe, echt „herrschafliche“ Lektion.

„Mit Du“ sind Sie angeredet worden, welche Beleidigung! Ich hielt dieses Wörtchen bisher für eine Vertrauensbezeichnung, und kenne einen „Offizier“, der die Leute nur mit „Du“ anredet, die er gern hat und schätzt, und die Betreffenden dadurch beglückt.“ (1)

Diese Zeilen sprechen für sich selbst. Aus ihnen weht der Geist, der die aufgewachten und intelligenteren Dienstmädchen aus dem Bereich dieser überfüllten „Dugnadigen“ treiben, um ihr Menschentum zu bewahren. Die sogenannte Vertraulichkeit ist weiter nichts, als eine Annäherung, die sich nur auf eine dunkelhafte Vornehmheit stützt.

Nicht zu vergessen, daß eine Person, die von der Herrschaft „geduzt“ wird, auch in den Augen der Kinder und der übrigen Hausgenossen an Achtung erheblich einbüßt. Jede „Vertraulichkeit“ auf Kosten der persönlichen Achtung verhandelt sich in — Beleidigung. Und damit besiegelt man die „Dienstbotennot“ nicht.

Vermischtes.

Die letzten Niederschläge im Elbegebiet haben eine geringe Besserung des Wasserstandes auf der Unterelbe herbeigeführt, so daß die Wasserstände sich jedoch voraussichtlich noch nicht zu erholen, da die Niederschläge in den Quellengebieten nicht ausgiebig genug gewesen sind.

Schiffsbrand. San Francisco, 22. Juli. Der bei Point Conception gestrandete Kosmodampfer „Anubis“ ist nach einer Meldung der Lloydagentur led. gelassen. In zwei Räumen des Schiffes brach Feuer aus. Die Ladung wurde über Bord geworfen.

Explosion. Jusowka, 22. Juli. In den den Kholovskischen benachbarten Kohlenruben erfolgte eine Explosion. Drei Personen wurden getötet, drei verletzt.

Der brennende Güterzug. Pampelona, 22. Juli. In der Nähe von Carrascal geriet ein Güterzug in Brand. Der Verkehr auf der Linie nach Saragossa ist unterbrochen.

San Francisco. 22. Juli. Ein Boot mit mehreren Mitgliedern der Besatzung des Schiffes „Anubis“ ist durch ein Rettungsboot in Conceptione eingebracht worden. Die Geretteten erklären, daß das Schiff bei der Insel San Miguel gestrandet und zertrümmert worden sei. An Bord seien 67 Personen gewesen, von denen 12 fehlen. Ueber das Schicksal der Vermissten fehlt jede Nachricht.

Briefkasten der Redaktion.

Die jüdische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, am 2. Juli 1908, wochentags abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Eintrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

G. W. 20. Leider sind beide Beiträge nicht abzugehrt. — **G. 71.** Der Arbeitsnachweis ist ein paritätischer, von der Stadt subventionierter. — **S. 140.** Wenden Sie sich an die Polizeibehörde. — **G. W. 100.** Wenn Ihre Mutter vor 1900 hier in der Mark geirret hat, so hat sie das Recht zu wählen, ob sie nach männlichem Recht oder nach dem Recht des bürgerlichen Gesetzbuchs erben will. In letzterem Fall wird ihr Vermögen mit dem Nachlass zusammengeworfen. Von dieser Masse erbt sie eine Hälfte, die andere fällt den anderen Erben zu. (An Ihrem Falle also der Schwester des Verstorbenen.) Wählt Ihre Mutter die Erbfolge nach dem bürgerlichen Gesetzbuch, so behält sie ihr eigenes Vermögen und erbt von dem Nachlass die Hälfte. Die andere Hälfte fällt den Eltern oder den Geschwirlern des Verstorbenen zu. Ihre Mutter würde aber in diesem Falle als Vornam die Verwaltungsgewalt erhalten und die Hochachtung erhalten. — **M. 7. 123.** Sie sind im Unrecht.

G. W. 5. Wegen die Veranlagung mühen Sie Einspruch erheben, ferner beantragen Sie Bekämpfung der Rückengemeinde. Wir haben eine große Fülle von Fällen bereits angeführt, in denen eine katholische Kirchengemeinde von Protestanten oder von aus der Kirche Ausgeschiedenen und ebenso eine protestantische Kirchengemeinde von Katholiken und aus der Kirche Ausgeschiedenen, auch von Juden, zu Unrecht die Steuer erfordert. Trotz der durchaus unzureichenden Veranlagung nach Reklamation erhoben werden. Der an die Staatsanwaltschaft zu richtende Antrag auf Strafverfolgung hat Erfolg, wenn angenommen wird, daß der für die Einschätzung Verantwortliche bei genügender Sorgsamkeit hätte wissen müssen, daß er kein Recht zur Einschätzung hat. — **Südbere.** Das wäre kein Verstoß gegen einen Parteibeschluß. — **G. W. 55.** Die Kosten würden repariert werden oder dem unterliegenden Teil zur Last fallen. — **G. W. 33.** Der Untersuchungswechniß Berlin ist gebühren. — **M. R. 100.** Eine Interzessionsklage der Gebräu hätte in solchem Falle Aussicht auf Erfolg.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz. Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte Beelitz, maßen und wegen der Ueberfüllung von Freizeigepulsen sofort ihre Adresse einleiden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Kunstler Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Preislich: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Bild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft reger, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft schlepplend, Preise gedrückt. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft schlepplend, Preise mehrsch nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise gedrückt.

Witterungsbericht vom 22. Juli 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Temp. in Grad F.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Temp. in Grad F.
Emmenda	762	—	3 heiter	19	Opavanda	758	6 wolkig	13					
Damburg	766	WNB	2 bedekt	14	Petersburg	757	1 wolkig	20					
Berlin	763	W	3 wolkenl.	15	Seilly	767	1 heiter	24					
Frankfurt	767	W	3 bedekt	14	Aberdeen	763	1 halb bb.	18					
München	766	WNB	2 bedekt	13	Paris	767	2 wolkig	15					
Wien	762	WNB	6 wolkig	15									

Wetterprognose für Donnerstag, den 23. Juli 1908.

Etwas wärmer, zunächst vielfach heiter bei mäßigen südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 7.	am 20. 7.	Wasserstand	am 21. 7.	am 20. 7.
Remel, Mühl	103	cm (+1)	Saale, Großh.	148	cm (+3)
Bregel, Anterburg	—	—	Havel, Spandau	57	—
Beichl, Thorn	68	—	Havel, Spandau	79	+1
Oder, Kottbus	108	+1	Spre, Spremberg	68	+6
• Krosen	71	—	• Zeesow	92	0
• Frankfurt	89	—	• Beyer, Rinden	—	+6
• Barth, Schrimm	10	—	• Rinden	—	0
• Barth, Landsberg	2	+1	• Rhein, Rajmiliansau	494	+46
• Rebe, Boddam	—	+1	• Raub	212	+7
• Elbe, Leimberg	—	+10	• Klein	198	+4
• Dresden	—	+9	• Redar, Weißbrom	125	+69
• Sarby	51	+11	• Rain, Berthum	107	+5
• Magdeburg	64	+3	• Rosel, Trier	17	—

+) + bedeutet Suhs, — hat. —) Unterpegel.

Nach den aus dem Ausland eingeleiteten Meldungen wird von der Landesanstalt angenommen, daß die städtische Weichsel in der zweiten Hälfte der Woche ihre Ausuferungshöhe erreichen wird.